

731/10

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 1/8, und durch Buchhandlungen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Orte M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren: 10 Pf. für die erste Zeile, 8 Pf. für die zweite, 6 Pf. für die dritte, 4 Pf. für die vierte, 3 Pf. für die fünfte, 2 Pf. für die sechste, 1 Pf. für die siebente, 1 Pf. für die achte, 1 Pf. für die neunte, 1 Pf. für die zehnte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 256.

Breslau, Freitag, den 31. Oktober 1913.

24. Jahrgang.

Der Breslauer Sittlichkeits-Prozess.

Mit dem am Mittwoch in später Abendstunde gefällten Urteile gegen 15 Angeklagte aus dem Breslauer Sittlichkeitsprozess dürfte der peinliche Skandal wenigstens insoweit sein Ende erreicht haben, als sensationelle Prozesse, die „das Auge der ganzen Öffentlichkeit“ auf sich lenken, nicht mehr zu erwarten sind. Wenn vielleicht auch noch einige Verhandlungen gegen Einzelne folgen sollten, wenn auch die Aburteilung wegen Ruppelei und gegen die zwei hiesigen Mädchen einer gewerbmäßiger Unzucht noch kommt, eine dritte Auflage des „Sittlichkeitsprozesses“ bleibt uns zum Glück erspart. Ruhmwoh! war diese ganze Sache für Breslau nicht und wenn es auch eine arge Uebertreibung sein mag, daß Breslau durch den Sittlichkeitskandal bekannter geworden sei, als durch die Jahrhundertfeier, so muß doch gesagt werden, daß in einem gewissen Teil der Presse genug getan worden ist, um diese Möglichkeit herbeizuführen. Und wenn nun die Schuld daran mit einer zugewandten Handbewegung der schlechten auswärtigen Presse zugewiesen wird, so muß doch im Interesse der Wahrheit hervorgehoben werden, daß die Uebertreibung und die Hauptschuld an dieser unwahrhaftigen Sensation die einheimische Presse trifft, nicht die auswärtige. Seit die „Breslauer Morgenzeitung“ ihren gegenwärtigen Charakter angenommen hat, ist ein gewisses Wettlaufen nach Sensation in einem Teil der Presse entstanden, und dieser Wettlauf hat dann die Uebertreibungen geboren, über die sich jetzt jeder Lokalpatriot bitter beklagt. Die „Breslauer Morgenzeitung“ hielt die Spitze. Sie war es, die das Gerücht über 72 „bessere“ Schulmädchen in die Welt setzte, von ihr aus ging die Sache ins „Verl. Tagebl.“ und in die gesamte Presse über. Heute glaubt sie ein Recht zu haben, mit auf die auswärtige Presse loszuschlagen, die sie selber hineingelegt hat. Von die faule Ausrede, es sei nur ein Druckfehler geschehen, nicht 72, sondern 12 Schulmädchen sollten verführt sein, war allzu durchsichtig. Erstens war der Fehler nicht von selbst bemerkt worden, sondern erst, als die Ungehörigkeit der ersten Notiz an den Pranger gestellt war, zweitens war das mit den 12 eine genau so große Unwahrheit als die Behauptung über 72. Für die Herabsetzung des Rufes der Stadt kann sich die Bürgerschaft also ruhig, soweit das eben nicht in den tatsächlichen Vorkommnissen begründet ist, bei der einheimischen Presse bedanken. Das hebt auch ein Berliner Korrespondenzbureau hervor, welches der Verbreitung unwahrer Sensationen beschuldigt war, und darauf mit folgendem Antwortschreiben an die Presse dient:

Sehr geehrte Redaktion!

In unserem Vorbericht zu dem Breslauer Sittlichkeitsprozess ist von einigen Breslauer Zeitungen die Mitteilung beanstandet worden, daß bei der Angelegenheit 72 Mädchen in Frage kämen. Wir müssen zu unserem Bedauern anerkennen, daß uns bei der Ausarbeitung des Vorberichts dieser Irrtum unterlaufen ist. In Ermangelung der Anlagenschrift hatten wir uns bei Abfassung des Vorberichts auf Ausschnitte aus Breslauer und Berliner Zeitungen beschränken müssen. Wir haben aber keinen Anstand genommen, unsere irrtümliche Mitteilung sofort richtigzustellen, als das Ergebnis der Verhandlung vorlag.

Wenn daher insbesondere die „Schlesische Volkszeitung“ über den Rahmen einer sachlichen Richtungsstellung unseres Vorberichts hinaus allerlei Einwände gegen uns veröffentlichte, als wenn wir zuerst Unrichtigkeiten über den Breslauer Prozess verbreitet hätten, so möchten wir doch nicht unterlassen, festzustellen, daß uns insonderheit auch Ausschnitte aus der „Schlesischen Volkszeitung“ mit tatsächlich unrichtigen Mitteilungen über die Breslauer Affäre vorgelegen haben.

So pinglich uns daher der Zwischenfall auch ist, so sehr möchten wir uns doch dagegen verwahren, daß aus irgendwelchen anderen als den oben angegebenen Gründen sich der bedauerliche Irrtum in unserer Bericht eingeschlichen hat. Wir zeichnen mit der nachmaligen Bitte um Entschuldigung des Versehens

Hochachtungsvoll ergebent Deutsche Journalpost Schwebel u. Herjisch.

Das Korrespondenzbureau hätte ruhig noch eine ganze Anzahl anderer Zeitungen aus Breslau mit anführen können. Was aber den Spektakel weit über Gebühr aufgebauscht hat, das war die Haltung der Zeitungen gegenüber der noch gar nicht geklärten Schulfrage. Was hier an Verteidigung der armen, „verführten“ Männer und in Verdammung der „verkommenen“ Mädchen geleistet worden ist, war gerade unerhört und ist von uns sofort mit der nötigen Schärfe zurückgewiesen worden. Es war vielleicht die peinlichste Situation aus dem ganzen widerlichen Vorkommnis, daß man den Angeklagten, als sie für ihre Taten einstehen sollten, umwies, sie sollten wie Hundebullen sein und sich als arme Verführte hinstellen, die ganze Schuld aber auf die 12- und 15-jährigen Mädchen werfen. Auch in dieser brutalen Deuterei hat die „Bresl. Morgenzeit.“ die Führung gehabt, a noch in diesen Tagen schrieb die eble Schuperts der Verführten:

Wir haben die Pause zwischen dem ersten und zweiten Akt des Sittlichkeitsprozesses dazu benutzt, in den vollständigen Text des Urteils über die Schminke des Volkes über die bedauerliche Ungehörigkeit zu hören. Was mir besonders lieb war überall der Sittlichkeitsprozess das allgemeine Gespächtsgegen-

und die Stimmung war überall dieselbe: Feindseligkeit gegen die verdorbenen Mädchen und aufrichtigste Mitgefühl mit den verurteilten Männern. Ueberall wurde lebhaftes Bedauern darüber laut, daß unbescholtene Männer solcher verdorbenen Geschöpfe wegen ins Gefängnis geschickt werden, und wo etwa ein Rechtskundiger darauf hinwies, daß das Gesetz nun einmal den unglücklichen Verführer mit Kindern unter 14 Jahren mit Strafe bedrohe, in erster Linie sogar mit Zuchthausstrafe, da wurde er mit erdrückender Mehrheit damit abgestimmt, daß das Gesetz zum Schutze unschuldiger Kinder da sei, nicht aber verleiherer, verworfenen und vorzeitig zu gewerbmäßigen Dirnen gewordener Mädchen. Diese Volksmeinung verdient Beachtung.

Zum Glück erhält die „Morgenzeitung“ aus ihrem eigenen Leserkreis die darauf verdiente Ohrfeige, eine Frau hat den Mut, den braven Schützern der männlichen Unbescholtenheit zuzurufen:

„Ist ein Mann“ noch zu bedauern, wenn er wegen solcher verwaahlter Mädchen die Ehre der Frau und Familie opfert? Diese Kerls sind von ganzem Herzen zu bedauern und müssen den bitteren Kelch bis zur Neige auskosten. Und das alles nur deswegen, weil der „Mann“ nicht mehr Charakter und wirkliche Mannbarkeit besitzt, sich der ersten besten leichtfertigen Dirne in die Arme zu werfen. Ist die Frau nur dazu gut, ihre Jugend dem Manne zu opfern, um dann bei jeder sich bietenden Gelegenheit beiseite geschoben zu werden? Gedenkt der Mann so gewissenlos, dann ist Mißleid durchaus nicht am Platze und keine Strafe zu hoch. Muß man es nicht als lächerlich bezeichnen, wenn ein verheirateter, älterer Mann sich als Verführer ausgiebt? Ist es nicht in den meisten Fällen gerade umgekehrt, wo junge, unerfahrene Mädchen von solchen gemissenen Männern der Prostitution in die Arme getrieben werden?“

Die hier ganz richtig charakterisierte, einseitige und heuchlerische Haltung der Presse mußte natürlich auch außerhalb der Stadt den lebhaftesten Widerspruch hervorzurufen, und so trugen wieder die einheimischen Zeitungen dazu bei, daß der Skandal außerhals gebührend breitgetreten wurde.

Schließlich hat ja der begründende Richter, ohne sich die weitgehenden Folgerungen dieser Presse anzueignen, ebenfalls von der größeren Schuld der verführten Mädchen und der geringeren Schuld der verführten Männer gesprochen. In der ersten Urteilsbegründung schärfer als in der gestrigen. Wir können uns dieser Argumentation ebensowenig anschließen, als den Rechtfertigungsversuchen der Zeitungen: Gewiß ist festgestellt, daß die beteiligten Männer nicht völlig unerfahrene und unschuldige Mädchen verführt haben, aber was außerdem an Schweinereien und sonstigen Dingen aufgedeckt wurde, läßt es ganz unzweifelhaft erscheinen, daß alte, überlegte, verheiratete, zum Teil schon ergraute, zum Teil mit höherer Schulbildung ausgestattete Männer sich darauf berufen können, sie sind von Kindern unter 14 Jahren, ja unter 12 Jahren, „verführt“ worden. Das bleibt für uns und wahrscheinlich für viele dauernd unverständlich. Vor dem Aufsuchen der Kriminalpolizei und des Staatsanwalts würden die meisten der Herren wohl jeden mit demselben Gelächter zu Hause geschickt haben, der ihnen sagte: Armer Kerl, laß Dich von dem Mädel nicht verführen! Da waren sie oben auf und wie die Ruppeleiprozesse beweisen — führten sie sich zum Teil die Mädchen noch zu. Die, sagen wir einmal milde Anschauung hat uns bei Herrn Mundry doppelt verwundert, der sonst so harte Worte zu finden weiß, der die Neugierigen, die dem Begräbnis der Genoffin Kaiser zu sehen, als Janhagel titulierten, und Beamte, die in ihrer Not zu sozialdemokratischen Blättern gehen, Schweinhunde nannte. Zu den hier Verurteilten hat er, wenigstens öffentlich, nicht einmal das Wort Schweinigel gesagt, hat also seinem Temperament strenge Zügel angelegt.

Vielleicht gibt ihm und seinen Kollegen der abgelassene Prozess auch sonst mancherlei zum Nachdenken auf. In wohlgemeinter Abwehr übertriebener Gerüchte hatte Herr Mundry schon vor acht Tagen erklärt:

„In diesem Saale hat sich heut der erste Akt des Dramas abgespielt, das in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erregt hat. Die Verhandlung hat ergeben, daß die Zeitungen des In- und Auslandes sehr weit über das Ziel hinausgeschossen haben. Gewiß sind heftigste und beschämende Dinge aufgedeckt worden, aber was hier passiert ist, passiert in jeder Großstadt. Von einem „verurteilten Kerl“, wie ein amerikanisches Blatt sich arg überhebend ausgedrückt hat, kann gar keine Rede sein. So bedauerlich dies alles sein mag, so liegt doch kein Grund vor, Breslau als einen vergifteten Sumpf hinzustellen, dessen Fäulnis durch einen Zufall bloßgelegt worden ist.“

Wie gesagt, die Abwehr war wohlmeinend, vielleicht auch notwendig. Wir wissen freilich auch noch eine andere Art von Prozeß, die in gewissen Zeitungen in schamloser Weise übertriebener Weise in die Welt hinausposaunt werden: die Terroristenprozesse. Da wird aus jedes Haus ein Haus gemacht, und jede sonst gerühmte Bedachte Drohung wird zu einer gefährlichen Bedrohung von Gesandtheit und Leben des Straßbäckers.

Nehmen wir einmal den ungewöhnlichen und in Breslau jedenfalls noch nie dagewesenen Fall an, 34 organisierte Arbeiter haben 2 Straßbäcker, die so wenig unbescholten waren als die „Dirnen“ von heute, arg belästigt, vielleicht sogar tödlich verletzt. Die Schwarzschmiedepresse der ganzen Welt würde einen Kistenraub und stellt fest, daß es im Deutschen Reich kaum noch möglich ist, zu leben, wenn

Ordnung, Sitte, Tugend und Sicherheit sei von diesen Terroristen so ziemlich das Grab geschaufelt, es herrscht das Faustrecht der Koten.

Da wünschen wir uns einen milden Richter, der diese ganze Presse zurückweist und sagt: „Gewiß ist das gerichtliche Festgestellte nicht schön und gesetzlich nicht erlaubt, wir müssen die Uebertäter bestrafen; aber die Tatsache des Straßbäcker hat die Angeklagten schwer gereizt, und wir müssen ihnen mildernde Umstände für ihre im guten Glauben geschehenen Taten gewähren. Solche Differenzen kommen, wie jeder weiterfahrende Mann weiß, in jeder Großstadt und in jedem Stande vor und was eine gewisse Presse dazu schreibt, ist arg übertrieben. Daraus allgemeine Schlüsse auf die Sicherheit und Ordnung zu ziehen, ist total unberechtigt.“

Einen so milden Richter wünschen wir uns.

Herr Mundry, mit dem wir uns so oft beschäftigt haben, mußten, kann es allerdings nicht mehr ändern. Er scheidet mit dem 1. November aus der Strafrechtspraxis aus und tritt in eine Zivilkammer ein. Die Gründe für dieses Nebierement sind uns nicht bekannt.

Politische Uebersicht.

Von Gottes Gnaden.

Kaum ist die Gottesgnadenkomödie von Braunschweig zu Ende geführt, beginnt man in Bayern eine neue. Der König von Gottes Gnaden ist unheilbar irrsinnig und der Prinzregent soll die königliche Würde erhalten. Steht man sich auf den Standpunkt der Monarchie, so kann man die Absicht als vernünftig bezeichnen. Also gut, der bayerische Landtag soll das Regentenschaftsgesetz ändern und dem Prinzen Ludwig den Weg zum Thron freimachen.

Aber nein, so einfach geht das nicht. Der Regent von Bayern ist ein Monarch von Gottes Gnaden, den Landtag geht also im Grunde die Sache nichts an. Wenn der Regent meint, daß es Zeit sei, sich die Krone anzulegen und dem anderen von Gottes Gnaden das „a. d.“ anzuhängen, so haben die Volksvertreter nichts hineinzusetzen. Wenigstens im Prinzip nicht. In Wirklichkeit kann man sich nicht gut umgehen und so hat man denn den genialen Ausweg gefunden, daß der Landtag nur darüber zu beschließen hat, ob er anerkennt, daß die Voraussetzungen vorliegen, unter denen der Regent die Regentenschaft für beendet erklären kann. Sagt der Landtag Ja, dann legt sich der Regent die Krone aus eigenem Recht auf, denn er ist von Gottes Gnaden.

Das alles wird mit einer Würde und einem feierlichen Ernst erklariert, als lebten wir nicht im zwanzigsten Jahrhundert, sondern im Zeitalter Ludwigs XVI., und als hätten insbesondere nicht die Herrscher von Bayern schon vor etwa hundert Jahren die angenehme Erfahrung gemacht, daß man seinen Rang auch ohne Gnade Gottes erhöhen kann. Damals nämlich, als die Kurfürsten von Bayern Könige wurden von der Gnade des ehemaligen Artillerie-Leutnants Napoleon Bonaparte.

Zu niedrige Orden.

Ueber die Ablehnung zweier Völker-schlacht-Orden berichtet die „B. G. a. M.“. Danach hat der Geheimrat Klemens Thiemer, der eigentliche Urheber des Denkmals, den ihm aus Anlaß der Einweihung des Völkerschlachtdenkmal vom Kaiser verliehenen Roter Adlerorden 4. Klasse zurückgewiesen. Ferner hat auch Oberbürgermeister Dr. Dietrich den ihm verliehenen Kronenorden 2. Klasse nicht angenommen mit der Begründung, daß ihm nach den Orden, die er bisher schon besitze, eine höhere Auszeichnung zukäme.

Sind die Motive zu dieser Ablehnung auch gerade nicht heroisch, so müten sie doch etwas energischer an als die Aufgabe des Hauptmann-Festspiels in Breslau.

Angeländigte Budgetverweigerung.

Die bayerischen Liberalen wollen, um endlich ein gerechtes Wahlrecht durchzusetzen, das allen Parteien die ihre Stärke entsprechende Vertretung im Parlament gewährleistet, nötigenfalls zur Budgetverweigerung greifen. Ein Vertreter der liberalen Arbeitsgemeinschaft, bei dieser Tage in Passau sitzend, beschäftigte sich mit der Wahlrechtsbewegung. Der fortschrittliche Abgeordnete Müller-Meinungen gab die Erklärung ab, daß trotz der Ausdruckslosigkeit der Wahlrechtsbewegung unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im bayerischen Landtag die Liberalen an ihren Forderungen festhalten. Es wurde daraufhin die folgende Resolution beschlossen:

Die liberale Fraktion wird ersucht, auf die Frage zu fragen, ob baldigst eine unabweisliche Forderung der Staatsregierung auf die laufenden Anträge zur Änderung der Verhältnisse erfolgt. Die Veranlassung, welche die Fraktion auf sich zu ziehen, ist eine gerechte Forderung in Bayern eingeführt wird. Zur Erreichung dieses Zweckes sind alle parlamentarischen Mittel, nötigenfalls auch die Budgetverweigerung, in Aussicht zu nehmen.

Den Sozialdemokraten stimmt man die Budgetverweigerung bekanntlich sehr lieb und gerade Liberalen

sebern legen sie am eifrigsten in Bewegung, um zu beweisen, daß diese Budgetverweigerung das Ende aller praktischen erproblichen Arbeit bedeutet. Nun wollen die Liberalen selbst das Budget verweigern, um ihre politischen Ziele zu erreichen — also das selbe tun, was sie den Sozialdemokraten zum Vorwurf machen.

Die mecklenburgische Verfassungsfrage.

Dem Landtage in Schwerin wurde ein großherzoglicher Erlaß übergeben, in dem die Entgegennahme der Antwort des Landtages, der Verfassungsvorlage die Zustimmung zu versagen, vom Großherzog abgelehnt wird.

Seit mehr als fünf Jahren sei es das eifrigste Bemühen des Landesherren unter Zurückstellung der landesherrlichen Interessen die gegenseitlichen Anschauungen zwischen Ritter und Landschaft auszugleichen, um die als notwendig erkannte Verfassungsreform durchzuführen. Das sei nicht gelungen. Auf dem Wege weiterer Verhandlungen eine andere Stellungnahme der Stände zu erreichen, erscheine ausgeschlossen. Trotzdem wollte der Großherzog an dem feinerzeit gefassten Entschlusse an eigenem Entschlusse die Verfassung in Kraft zu setzen, nicht festhalten. Bei erneuter Prüfung sei er zu dem Erkenntnis gelangt, daß die augenblicklichen Verhältnisse des Landes diesen äußersten Schritt noch nicht als gebieterische unabweisbare Notwendigkeit rechtfertigen, der in seinen Folgen so unabweisbar ist und der, wie der Großherzog sich überzeugt hat, die Möglichkeit nicht ausschließt, daß die letzten Endes, was er nicht wünscht, die geschiedenden Faktoren des Reiches darüber bestimmen könnten, welche Verfassung Mecklenburg erhalten könne. Zuletzt wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß der Landesherz in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Verfassung nicht schwankend geworden sei und das gesteckte Ziel weiter verfolgen. Dann wurde der Streitliche Erlaß verlesen, welcher nach längerer Debatte auf Verlangen des Landtages Grafen Schwerin-Wildenitz zu Protokoll gegeben wurde. Nach Verlesung der beiden Landtagsabschlüsse wurde der Landtag geschlossen.

Der „Mecklenburgischen Zeitung“ zufolge hat das großherzogliche Staatsministerium den Großherzog infolge der gestrigen Beschlüsse der Stände in der Verfassungsvorlage um seine Entlassung.

Die braunschweigische Regierungsfrage.

Nach Eröffnung der braunschweigischen Landesversammlung am Mittwoch gab Staatsminister Hartwig in längerer Ausführungen ein Bild über die Geschehnisse der letzten Jahre, die zur Lösung der braunschweigischen Thronfolgerfrage geführt haben.

Darnach hat die preussische Staatsregierung einer endgültigen Regelung der Regierung des Herzogthums stets wohlwollend (1) gegenüber gestanden. Die Regierung des Herzogthums habe dem Reich und Preußen gegenüber stets die loyalste Haltung beobachtet und die hohen Verbindlichkeiten stets erfüllt. In dieser Haltung auch in Zukunft niemals eine Aenderung eintreten werde, daß die braunschweigische Regierung vielmehr ständig im Sinne der Förderung des Friedens und der Sicherheit des Reiches geführt werden würde. Diese Erklärung, sagte der Staatsminister, sei ihm gestern ausdrücklich vom Herzog Ernst August bestätigt worden, und man dürfe weiter überzeugt sein, daß der Herzog diese und frühere Versicherungen streng inne halten werde.

Redner kam sodann auf die Verhandlungen in den Ausschüssen und im Plenum des Bundesrats zu sprechen. Der Antrag Preußens sei auf Veranlassung der braunschweigischen Regierung gestellt worden und der Bundesrat habe ihm ohne jede Debatte zugestimmt, nachdem ihm die Verzichtsurkunde des Herzogs von Cumberland im Original vorgelegt worden sei. Der Staatsminister verlas den Text dieser Urkunde, in der der alte Herzog zum Ausdruck bringt, daß er, da durch die Verbündeten Regierungen das ihm zustehende Recht der Regierung geändert sei, er auf dieses Recht freiwillig zugunsten seines vielgeliebten Sohnes verzichte. Weiter teilte der Staatsminister mit, daß am 1. November in Gegenwart der Minister in Rathenow der neue Herzog Ernst August die Reversalien unterschrieb und daß der Einzug des „hohen Paars“ am 3. November erfolge.

Dann trat man in eine geheime Sitzung ein. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit erklärte der Präsident der Landesversammlung, Kreisdirektor Krüger, auf die aus-

sührlichen Darlegungen des Staatsministers Hartwig, namens der Landesversammlung eine Erklärung mit folgendem Wortlaut zur Annahme vorzuschlagen:

„Die Landesversammlung hat mit lebhaftem Bedauern von den Ausführungen des Herrn Staatsministers Kenntnis genommen. Sie begrüßt mit Freude den Bundesratsbeschluss vom 27. d. Mts., welcher die Wiederübernahme der Regierungsgewalt im Herzogthum durch das angestammte und in vielhundertjähriger Geschichte mit dem Lande verbundene Geschlecht gewährleistet. Die Landesversammlung spricht die zureichende Erwartung aus, daß der im ganzen Lande mit Jubel begrüßte, bevorstehende Regierungsantritt S. A. d. des Prinzen Ernst August unter Gottes gnädiger Schutze nicht nur den Herzogthümern zum Segen gereichen werde, sondern mit ihm auch dem ganzen deutschen Reich, und daß in der Bevölkerung des Herzogthums Bestrebungen keinen Boden gewinnen werden, welche das gute Verhältnis zu dem Nachbarlande Preußen trüben könnten.“ — Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Leb. Bravo!)

Darauf wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten. Als einziger Punkt stand die Zivilliste zur Beratung, sie wurde in Ermangelung von Sozialdemokraten in diesem Landtag einstimmig auf 1.125.822¹/₂ Mark bemessen. Dann hatte der Landtag seine Pflicht erfüllt.

Aus dem bayerischen Landtag.

Unter großem Andrang des Publikums begann Dienstag Nachmittag die Verhandlung über die liberale Interpellation wegen der Gründung der Staatszeitung.

Die Interpellation begründete der liberale Abg. Thoma in einer Rede von höchstem Belang unterbreitend, die scharfe Anklage gegen das System Bertling, dem er scharfe Entschärfungen der Staats-Autorität durch diese Verbindung eines Amtsblattes mit einem kapitalistischen Privatunternehmen vorwarf, das unter vorzüglicher Ausschaltung des Landtages gegründet wurde. Der Redner wies auf die Schöpfung hin durch die Zwangsunterstützung der Staatszeitung zu unerschöpflichen Preisen zuzuführen; er warf der Staatszeitung unläuterer Betreibung vor. Der Ministerpräsident ist verantwortlich für die Korruption der öffentlichen Meinung, für das Dünken dieser geschwätzigen Gründung, für die Einbuße an Staatsautorität.

Der Ministerpräsident v. Hertling verlas eine lange Erwiderung, die auf die verschiedenen Vorwürfe des Interpellanten nicht einging, sondern sich mit der wiederholten Erklärung begnügte, die Staatszeitung sei notwendig geworden, weil die bayerische Regierung kein Organ zur Vertretung ihrer Politik gehabt habe und weil es ihr besonders unangenehm gewesen wäre, für Presseauslassungen von Parteibloggern zur Regenschiff gezogen zu werden, zu denen sie in keiner Weise in Beziehung gestanden habe.

Sodann ist also die Staatszeitung gegründet worden, weil das Ministerium Bertling nicht für die Zentrumsprelle verantwortlich gemacht werden wollte.

Die Staatszeitung, meinte Hertling, sei nach dem Muster der württembergischen, sächsischen und hessischen Staatszeitungen begründet worden. Er verwarf nur den Unterchied zu erwähnen, daß diese Staatszeitungen innerhalb des staatlichen Staats verwalter werden. Der offizielle Antwort, die zumest mit gleichmäßigem Schicksal angehöret, an einzelnen Stellen durch die Linke mit Gelächter unterbrochen wurde, sagte Bertling hinzu, auf eine Bemerkung Thomas über seine auswärtige Politik, er habe die ausgezeichneten Beziehungen zur Reichsleitung der auswärtigen Politik.

In der Debatte schilderte zunächst der Bayernbündler Eilenberger in humoristischer, viel belachter Rede die Höhe, die dieser Gemeindefriede, das Vie, von dem man nicht weiß, was es eigentlich sei, den Gemeindefürsorgern bereite. Er erwähnte, wenigstens das Zwangsabornement für die Gemeinden aufzuheben. — Darauf verlas Dr. Richter eine Hilfsaktion des Zentrums für die Bertling'sche Gründung.

Im Verlaufe der Interpellation bezeichnete Abg. Süßheim (Zog.) die Gründung der Staatszeitung als einen parteipolitischen Akt der Regierung, wobei man den Landtag bewußt ausgeschaltet habe. Kohl (lib.) bestritt nicht das Bedürfnis nach einer Staatszeitung, aber die Regierung habe sich mit dem jetzigen Organ nur ein Schutzorgan für ihre Politik im Fahrwasser des Zentrums geschaffen. Deß (kons.) erklärte es an der Zeit, daß sich die Regierung ein derartiges Organ geschaffen habe. Müller (Zog.) verlangte Auskunft über die finanzielle Seite des Unternehmens, das nach seiner Kenntnis mit einem Defizit arbeite. Ministerpräsident v. Hertling erklärte, daß der Vertrag mit der Firma Osburg jederzeit eingesehen werden

konnte. Babels dacht, daß die Staatszeitung ein Parteiblatt sei, seien nicht entkräftet worden. Günther (lib.) bezeichnete es als Unrecht, daß man sich bei der Gründung des Blattes nicht an die Volkvertreter gewandt habe. Der Ministerpräsident erwiderte, diese Frage sei eingehend geprüft worden. Nechliche Bedenken, eine Staatszeitung ohne Befragung des Landtages mit privaten Firmen zu gründen, hätten nicht bestanden. Damit ist die Besprechung beendet.

Außerhalb der Tagesordnung leitete die Kammer den Antrag der Sozialdemokraten ab, morgen nicht in die öffentliche, sondern in die geschäftliche Behandlung des Gesetzes über die Aufhebung der Regenschiff in Bayern einzutreten und den Entwurf erst einem besonderen Ausschuss zu überweisen. Demnach wird morgen die erste und zweite Lesung des Gesetzesvortrages vorgenommen.

Das Unfaßliche.

Die nationalen Kurablätter sind von dem Beschlusse des Bundesrates in der Welfenfrage einfach erschüttert, und wie gewöhnlich leiht die „Rhein.-Westf. Ztg.“ der tiefen Mißstimmung den unverhohlenen Ausdruck:

Es hat keinen Zweck mehr, heute, wo das Unfaßliche geschehen ist, die Fadenreihnerei der Beismann-Hollweg'schen Gründe und die qualvolle Lächerlichkeit seiner Beweisführung nochmals offenkundig zu machen. Das ist ja in den letzten Wochen von allen Seiten reichlich geschehen und zu unserer Genugthuung hat sich uns, die wir vor einem halben Jahre noch allein standen, und hat sich unsere Forderung nach einem klaren und unabweislichen Verzicht der ganzen nationalen Öffentlichkeit bis hinauf zum Kronprinzen angegeschlossen. (Höher hinauf geht nach Ansicht des Offener Organs die nationale Öffentlichkeit nicht. Die Red.) Aber Beismann-Hollweg hat im Verfassungswort nicht hören wollen und verständigete sich heute in der unheimlichsten Verblendung am Andenken Kaiser Wilhelm I. und Bismarck's. Das Endurteil über diese Tat wird die Geschichte sprechen. Das Erschütternde ist, daß die Schuld einzelner das ganze Volk mit seinem Ansehen, seiner Machtstellung, viel leicht einst mit dem Blute säuen muß.

Das sind in der Tat schreckliche Aussichten, die uns da eröffnet werden, und wer möchte bestreiten, daß Beismann-Hollweg die miserablen Szenen vorbildet, die ihm die patriotische Presse in so verschwenderischer Fülle erteilt? Nur schade, daß man nur immer auf dem armen Beismann herumhakt und die anderen Beteiligten schweigend übergeht.

Trotz alledem wird der Rittmeister der Rathenower Husaren ohne jede weitere Schwierigkeit zum Chef der braunschweigischen Husaren avancieren können, und wenn er dann in Zukunft gelegentlich einmal ein wenig den Kommandeur der Husaren von Langfuhr nachmacht, dann werden ihm auch „Post“ und „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ freundlichere Gesichter machen.

Die Ursachen der Katastrophe des „Z“.

Das Reichsmarineamt hat eine amtliche Darstellung über das Ergebnis der angestellten Ermittlungen über die Ursachen der Explosion des „Z“ der Öffentlichkeit übergeben. Wir entnehmen dieser Darstellung folgendes:

„Bildung eines luftverdünnten Raumes in der vorderen Gondel, hervorgerufen durch die bei dieser Konstruktion erstmals angewandte Art des an der Vorderseite der Gondel befindlichen Schützschlusses. Ansaugen des an der Unterseite des Luftschiffes austretenden Gases, Entzündung des in die Gondel hineingelagerten Gasgemisches durch einen Funken am Motor. Die Entstehungsmöglichkeit einer solchen verhängnisvollen Saugwirkung bei diesem neuartigen Schützschluffen haben weder die Konstrukteure der Marine, noch die der Zeppelin-Gesellschaft vorausgesehen. Bis dahin hatte sich die bisherige Schützschluffkonstruktion durchaus bewährt. In verschiedenen Versuchsrichtungen haben Sachmänner und Laien ihre mutmaßlichen Ansichten geäußert, und unkontrollierbare Gerüchte sind entstanden. So soll der mit dem Luftschiff umgelommene Maschinenist Laich vor dem Luftschiff die Offiziere darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Motoren nicht in Ordnung seien. Die Offiziere aber hätten auf der Fahrt bestanden mit der Begründung der Anwesenheit der Abnahme-Kommission. Für die Richtigkeit eines solchen, an sich sehr wenig glaubwürdigen Vorganges fehlt nicht nur jede Unterlage, sondern es ist festzustellen gewesen, daß das Verhalten der Motore vor dem Luftschiff einwandfrei gewesen ist.

Weiter soll die Zeppelin-Gesellschaft selbst und insbesondere der Luftschiffkapitän Gumb die schwersten Bedenken gegen die

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

(Nachdruck verboten.)

Ein Lohf am Feuer drohte überzulachen; sie rückte ihn bei Seite, nicht ohne ihre Hände mit Ruß zu schwärzen. Der Wind, der den Schlot herunterpölkerte, trieb ihr den Rauch ins Gesicht. Die schlecht schliefenden Fenster klapperten; das Kind nebenan weinte kläglich. — „Arme Frau“, seufzte Elie; „es ist etwas Schreckliches daran, arm zu sein. Ob er auch wohl arm ist? Er scheint nicht reich. Wie mag es ein Schiffskapitän leben, wenn er nicht auf der See ist? Wäre er am Ende gar verheiratet, wie der Graf von Wertheim? Oder hat er anderswo in fernem Landen ein Viehchen, an das er dachte, während er so rastlos auf dem Meer patrouillierte? Das muß ich doch noch erfahren, bevor wir auseinandergehen; es wird sich schon eine Gelegenheit dazu finden. Und dann bitte ich ihn, sie von mir zu grüßen und ihr zu sagen, daß sie einen Mann bekommen wird, auf den sie stolz sein kann, auf den jedes Mädchen stolz sein würde. Ich meine: ein Mädchen aus feinem Stande. Ich zum Beispiel — lieber Gott! man betrachte doch nicht ein Paar treuergeher Augen wegen, besonders wenn auf Respekt-Erhörung in der Familie steht! Eine wunderliche Einrichtung ist es; aber Schmidt ist auch kein schlechter Name: Frau Schmidt!“

Die junge Dame machte lachen, und dann wurde ihr plötzlich ganz seltsam weich und Herz, und die Tränen traten ihr in die Augen. Sie griff nach dem Lohf und fühlte einen harten Gegenstand in der Tasche. Es war der kleine Kompaß, welchen er ihr vorhin auf dem Boot gegeben, als sie, neben ihm sitzend, die Richtung, in der das Boot fienere, wiesen wollte. Sie öffnete die Kapsel und schaute hinein. In dem Deckel war mit glänzenden goldenen Lettern der Name eingegraben: Reinhold Schmidt, und die Nadel zitterte und zeigte von ihr fort, und immer zitternd fort in dieselbe Richtung nach dem Lande, so oft sie die Kapsel auch in der Hand drehte und wandte. — „Als ob sie Herrn Reinhold Schmidt sucht!“ jagte Elie; die ist kein! Ich würde mich freuen, wenn ich einmal liebe, und zu meinem Mann gehen und die Kinder hegen und pflegen — und in sechs Jahren so weiß und blaß und abgemagert aussehen, wie die arme Frau nebenan, die gewiß ein recht hübsches Mädchen gewesen ist. Gott sei Dank, daß ich nicht liebe!“

Sie schloß die Kapsel, ließ sie wieder in die Tasche gleiten und jagte in das Zimmerchen hinein, in welchem es nun still geworden: „Das Wasser kocht; aber bleiben Sie nur drinnen, liebe Frau Elie; ich werde es selbst den Herren bringen!“ — Und bei sich sprach sie: „Er wird nun wohl wieder zurück

kommen. Der Sturm war schneller und heftiger herabgekommen, als er erwartet. Wenn das Schiff mittlerweile nicht flott geworden, stand Schimmels, vielleicht das Schlimmste zu befürchten. Er machte sich Vortürze, nicht an Bord gelassen zu sein, wo seine Anwesenheit in diesem Augenblick vielleicht so dringend nötig war! Freilich war nur dadurch, daß er selbst für das Fortgehen stimmte, der Eigenname des Generals gebrochen worden, der ohne das sicher geblieben wäre, und mit ihm die Lohf. Aber welche Verpflichtungen hatte er gegen beide? Er hatte auch keine gegen das Schiff — gewiß nicht, und der alte, eigenartige Kapitän hatte seine Ratsschlüsse selbst und ohne Rücksicht auf den Soldat gemacht; auf den Namen der Kanonen los! — es mußte es vom Kriege her; hatte es mehr als einmal selbst getan mit den armen, kranken Kameraden, die nur der eine Gedanke befehle: werden wir noch zur rechten Zeit kommen? Und da vor ihm domerte es näher und näher, während er die Dänen hinaufstürmte; aber was konnte er jetzt helfen?

Gott sei Dank! Das Schiff war außer Gefahr! Da — eine halbe Meile weiter nach Süden — trotz der großen Entfernung durch Nacht und Regen dem scharfen Auge wohl erkennbar — stürmte ein höherer Punkt. Und jetzt verschwand der letzte Punkt; es konnte nur hinter dem Dänischen Hafen sein, und dort — auf bestem Ankergrund — mochte der Dampfer in aller Ruhe den Sturm durchwehen — Gott sei Dank!

Er hatte es vorausgesehen und vorausgesetzt; und doch schien es ihm jetzt als ein Gnabengeschäft des Schimmels. Und das mußte er denn auch den Schatz, das schöne Mädchen zum letzten Male gesehen zu haben, demüthig auf sich nehmen. Ja, zum letzten Mal! In dem Augenblick, als sie das sichere Haus erreichten, wohin er sie zu führen versprochen, war sein Dampfer beendet. Das nun noch kam, ging ihn nichts an; das war Sache des Herrn Generals. Wollten sie nach dem Geschehen überleben — für ihn würde wohl noch ein Platz in dem Räderhause sein. Er hatte jetzt nur noch zurückzuführen und lebe wohl zu sagen: Lebe wohl! Lebe wohl!

Er sagte es zweimal — dreimal; er jagte es immer wieder, als wäre das Wort, das jede Meile raufste, die sich da unter ihm donnerte auf dem Grunde Krach; das Wort, das die letzten Kräfte unter seinen Füßen zerbrach; das Wort, das der Wind in langen bangen Tönen durch die eben Dänen Krage und schloß; das Wort, das jeder Schlag seines Herzens schlug, auf dem ihr Handrücken ruhte, und auf den er jetzt immerfort die Hand presste, als formte ihm der Sturm das Alirino aufreißten, das einzige Zeichen, das ihm später sagen sollte: es ist doch mehr gewesen, als ein bitter, löplicher Traum!

Wie lange er so in der schwarzen heulenden Nacht geträumt — er wußte es nicht, als er sich endlich aufraffte, um zurückzugehen. Der Sturm und der Regen hatten nachgelassen; hier und da blühte ein Stern durch die jagenden Wolken. Es mochte wohl eine Stunde betragen sein; er würde sie ohne Zweifel nicht mehr finden.

Dennoch ging er schneller und schneller den schmalen sandigen Pfad, der durch die Felder nach dem Gehöft führte. In kürzester Frist hatte er es erreicht, und da stand er nun an dem Eingang zwischen den beiden Scheunen. Auf dem kleinen Hof schwannten Laternenlichter hin und her; von dem Hause erglängten hellere Lichter, in deren Schein er die Umrisse von Wagen und Pferden unterließ und ein paar dunkle Gestalten, die um die Wagen beschäftigt waren. — So waren sie doch noch nicht fort.

Ein jäher Schreck durchzuckte ihn. Sollte er wieder zurücktauchen in das Dunkel? Sollte er hervortreten? — Vielleicht hatten sie nur auf ihn gewartet, warteten noch? — Nun denn! So mochte es sein! Eine Pflicht der Gütlichkeit! Sie sollte ja niemand etwas, als ihn allein!

Fünftes Kapitel.

Der Präsident hatte nicht sowohl auf seine Rückkehr, auch nicht auf die des Reichens, sondern vielmehr darauf gewartet, daß das Unwetter sich ein wenig legen sollte. — „Nur ein ganz klein wenig“, sagte er; „es kann ja nun auf eine halbe Stunde früher oder später nicht ankommen; und was eine nächtliche Fetterwagenfahrt auf unsern Wegen bedeutet, mein gnädiges Fräulein, das werden wir noch immer früh genug schauernd an uns selbst — erfahren.“

Der Präsident lächelte über sein Wortspiel; Eise lächelte aus Höflichkeit mit, obgleich ihr garricht so ums Herz war. Sie fühlte sich unruhig und bekümmert; sie wußte selbst nicht warum. War es, daß sich der Aufenthalt in dem engen, niedrigen, dampfenden Hause so lange hingezog? War es, daß der Aufenthalt nur in wenigen Minuten stattfinden mußte und der Kapitän noch nicht zurück war? — Auch die Herren hatten sich sehr launig ausbleiben nicht zu erklären vermocht; sollte er sich im Dunkel zwischen den Dänen verirrt haben? — Das schien bei einem Manne, wie er, nahezu unmöglich; sollte er nach dem Fetterwagen geistig sein, dem gefährlichen Dampfer Hüfte zu schäufeln? — Aber ein Knopf, der eben von dem Strande hereinkam und — wie alle Leute dieser Gegend — mit den Dingen des Meeres vollständig vertraut war, hatte den Dampfer nach Süden steuern und hinter dem Dänischen Hafen verschwinden lassen. So war auch diese Annahme hinfällig — was konnte es aber sein? — Habe ich mich etwas gegen ihn zu schulden kommen lassen? fragte sich Eise. — Er sieht mich heute zum ersten Male; er weiß mich, kann mich nicht wissen, daß es so meine Art oder Unart ist, zu überlegen und zu nachden; daß ich gegen jeden so bin — Liane Sidonie schütt mich la genug bewegen! Aber freilich! sie hat recht; man darf so gegen Gletscherhunde sein, selbst gegen Höckerhunde; — gegen Leute, die unter uns stehen, niemals. Unter uns? — er ist ein Gentleman, mag er sonst sein, was er will; ich habe mir nichts vorzusetzen, als daß ich ihn behandelt habe, als ob er unseres Gleichen wäre, tote ich jeden unserer jungen Offiziere behandelt haben würde.

Ingeblisch von der Marineverwaltung geforderte Konstruktion des Luftschiffs, insbesondere gegen die Verlegung des Aufhanges des Schiffs selbst gehabt haben. Dies trifft nach einer ausdrücklichen Erklärung der Zeppelin-Gesellschaft nicht zu. Die Verlegung des Aufhanges in den Schiffskörper ist auch zuerst von der Zeppelin-Gesellschaft angeregt worden. Derartige Bedenken der Gesellschaft sind auch schon völlig ausgeschlossen, weil andernfalls die über die Konstruktion vertraglich bestimmende und für sie verantwortliche Gesellschaft ganz selbstverständlich wieder die sie verantwortliche Gesellschaft anzuweisen vorgenommen, noch der vorhergehenden Verleugung vorgenommen, noch der Verleugung das Schiff auf der Fahrt von Friedrichshafen nach Trossingen unter Führung des Kapitäns Glud zur Abnahme vorgeführt hätte, noch endlich Kapitän Glud und seine Techniker als Vertreter der Gesellschaft an den weiteren Abnahmefahrten hätte teilnehmen lassen."

Diätenfragen haben die Mitglieder des preussischen Dreiklassenhauses. Sie bekommen täglich 15 Mark, ohne daß eine Anwesenheit im Parlament notwendig ist, erhalten aber keine allgemeine Freifahrt. Der Landtag hat nun eine Kommission niedergesetzt, die sich mit der Diäten- und Freifahrtfrage beschäftigen sollte, und die beschloß, sowohl eine Erhöhung der Diäten als auch die Erteilung von Freifahrtskarten für den ganzen Staat bei der Regierung zu beantragen. Wie mitgeteilt wird, ist die Regierung nicht geneigt, auf diese Vorschläge einzugehen. Wenn die Diäten neu geregelt werden, dann soll es geschehen in der Form von Tagegeldern, ähnlich wie im Reichstag, wo die Anwesenheit eines Abgeordneten durch Führung einer "Vohlnote" nachzuweisen ist. Darauf wollen wieder die preussischen Dreiklassen-Männer nicht eingehen. So dürfte aus einer Regelung der Diäten im preussischen Landtage in der nächsten Zeit noch nichts werden.

Eine neue Erbschaft zum württembergischen Landtage steht in naher Aussicht. Der volksparteiliche Abgeordnete Storz, der den Bezirk Tuttlingen im Landtage vertrat, hat sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Storz gehörte in der Zeit von 1903-1906 auch dem Reichstage an, in dem er sich von einem wahren Nationalliberalen durch nichts unterscheiden ließ. Im Wahlkampf in Tuttlingen wird sich zu einem heftigen Ringen zwischen der Volkspartei und der Sozialdemokratie gestalten. Bei der vorjährigen Wahl erhielten die Volkspartei und die Nationalliberalen zusammen 2499, die Sozialdemokraten 214, das Zentrum 1268 und die Konservativen 347 Stimmen. Im zweiten Wahlgange wurde Abg. Storz mit 8909 Stimmen gegen unseren Genossen Mattutat gewählt, dem 2736 Stimmen zufielen.

Gegen die Heberkatholiken. In einer stark besuchten Bezirksversammlung der Zentrumspartei in Mastadt bei Saarbrücken äußerte sich der Abg. Erberger in eingehender Weise über den Zentrumskreis. Er meinte, man solle an dem alten erprobten Zentrum festhalten. Alle Bestrebungen, die auf eine Begriffsbestimmung oder Definition des Zentrums abzielen, seien nicht nützlich, sondern schädlich für die Interessen des Zentrums selbst. Die deutschen Katholiken dürften sich den Luxus einer Befehdung im politischen Leben nicht gestatten. Wie wollte wohl das Zentrum die katholische und christliche Schule in Deutschland retten, wenn es sich damit politisch absondern würde? Die Verhältnisse, wie sie sich in den letzten Wochen und Monaten innerhalb der deutschen Zentrumspartei entwickelt hätten, seien nachgerade unerträglich geworden. Das sei die Unterbrechung, Kritikern und Perummalen habe auf die Dauer schließlich die stärkste Partei nicht aus. Es führe zum Wankmut, verhindere jede Stabilität für die Zentrumspartei und wäre das schlimmste, was ihr begegnen könne. Wenn ein Führer der Partei (gemeint ist der Abg. Oppersdorff) unter den Konventionen des Herrenhauses stehe, sei es nicht zu bezweifeln, wie er verlangen könne, daß die reine politische Arbeit des Zentrums im Einklang mit der katholischen Weltanschauung stehen soll. Nicht einmal der Papst habe für die Katholiken vorgeschrieben, daß sie nur in dieser oder jener Partei sein dürften. — In diesem Sinne hat dann Abg. Def. Er sagte, die Duertreiber, die sogenannten Heberkatholiken bereiten jedem ehrlichen Mann der praktischen politischen Arbeit einen unangenehmen Widerwillen. Man solle es kaum glauben, welche Stimmen von Erbitterung, speziell in den Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Landtags sich angehäuft haben über dieses widerwärtige Treiben, über dessen Verwerflichkeit und Schädlichkeit sich die gesamten Abgeordneten vollkommen einig sind.

Das Spionage-Gesetz. Der Präsident des Reichstags hat die Absicht, auf die Tagesordnung der Sitzung vom 18. November die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu legen. — Dieser Gesetzentwurf ist seit seinem Erscheinen zum Gegenstand scharfer Kritik gemacht worden, denn er würde es in der Tat unmöglich machen, daß künftig noch in der Presse über militärische Fortschritte berichtet werden kann. Ganz besonders war es der Reich deutscher Zeitungsverleger, der auf diese Gefahren hingewiesen hat. Die Heeresverwaltung hat naturgemäß ein Interesse daran, von der Öffentlichkeit möglichst wenig belästigt zu werden, und sie scheint deshalb darauf zu drängen, daß der Gesetzentwurf so rasch als möglich erledigt wird. Die Parteien werden demgegenüber die Aufgabe haben, aus dem Entwurf alles das zu entfernen, was die freie Meinungsäußerung beschränken oder ausheben könnte, und dann ist es allerdings fraglich, ob die Regierung noch Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes legen wird.

Ausland.

Zur Strecke gebracht!

Das New York wird uns vom 20. Oktober geschrieben: In „des Volkes Haus“ in Albany ist heute Mittag: Ein abgesetztes Staatsoberhaupt packt da seine Sachen. In das Verließ der Schande, das ihn vom Thron gestürzt, nicht sich aber vor dem Kapitol der erbitterte Protest der unzufriedenen Masse, die in ihrem alten, nun so schmählich gestürzten Könige — und nicht einmal mit Unrecht — ein Opfer habitakiller-tammantlicher Nachsicht erblickt. Gouverneur Sulzer ist vom Disziplinär-Gericht — aus Senat und Staats-Appellhof zusammengeführt — in drei von den sieben Artikeln der Anklage schuldig befunden worden: Desaubation von Weibern, die zu seiner Wahlkampagne beigetragen waren, Meinungsäußerung in Verbindung mit der geschlechtlich borgeordneten Rechnungsablegung über diese Gelder und Unterdrückung von Belästigungsmaterial durch Verzug und Drohungen. Die von dem Gouverneur unterschlagenen Wahlbeiträge sollen sich auf 25.000 Dollar belaufen, die zur Deckung von Verbindlichkeiten aus Würfelspekulationen verwendet wurden. Sulzers Verteidigung versagte in allerhöchster Weise. Erst nach der Sulzer hinter der Schürze seiner Frau Schurz — diese habe das Geld entgegengenommen und es ohne sein Wissen für ihre Würfelspiele gebraucht. Dann mußte Sulzers Privatsekretär bezeugen, daß er die Schürze in Empfang genommen und auch selber den Ausweis über die Wahlsummen seines Herrn aufgestellt habe, der, wie der Verteidiger erwidern mußte, in Geldsachen absolut unerfahren und fahrlässig sei. Zum Unglück für Sulzer ergab sich aber, daß seine Würfelmaler erst nachträglich — nach Einstellung des Abrechnungsbuchens — erklärten, daß nicht der Gouverneur selber, sondern seine Frau die Inhaberin der Sulzer-Konten sei ... und zwar hätten sie das dann dem Herrn Sulzer selbst. Unbestritten blieb aber auch, daß mindestens zwei Zehntausend-Dollar-Beiträge, über die nicht quittiert wurde, in Herrn Sulzers eigenen Händen landeten. Unparteiische Sieber der Anklage waren weiter, daß Sulzer einen seiner Geliebten, den jetzigen Polizeichef bei der „Hohen Warte“, Morgenstern, gefesselt habe, als Sulzer gütlich mit ihm zu verfahren, ferner, daß er einen Beamten, der ihm persönlich einen Wahlbeitrag von 500 Dollar überreichte, auf-forderte, diese Karte selbst unter die Tischblätter zu stecken.

Außerdem stellte sich heraus, daß er den Lamont-Boss Murphy, den wahren Urheber der Anklage, unter der Hand unter dem ausbrüchlichen Versprechen des Wohlverhaltens ansehlich ließ, seine Kreaturen im Staatsparlament im Sinne der Zurückziehung der Anklage zu instruieren. Ergibt sich aus alledem Sulzers Schuld klipp und klar, so ist es dennoch wahr, daß der Mann auf Mittel, sogar auf einen Rest von Sympathie im Volke guten Anspruch hat. In seiner fast fünfundsiebenzigjährigen politischen Vergangenheit war er niemals etwas anderes als ein guter Tammant-Mann. Seine Sünden sind Tammants Sünden, die von seinen Kumpanen aber erst dann herabgerafft wurden, als er an die Spitze des Staates gelangt, es wagte, seiner ganzen Vergangenheit zum Trotz, der Gouverneur des Volkes, statt eines Werkzeuges der Tammant-Humpen zu sein, dem Hauptbestem den Krieg zu erklären und sich durch Unterzeichnung arbeiterfreundlicher Gesetze den Zorn der mächtigen Bahn- und Pressemagnaten zurückzuweisen. Die großen Schiffe der Elque, die New York beherrscht, haben an einem Kleinen, der sich bessern wollte, ein Exempel statuieren.

Deutsche in der Fremdenlegion erschossen? Drei Deutsche, Friedrich Paul und Alfons v. Zeisel aus Dresden und Alfred Pössel, ein Bayer, sollen wegen Meuterei vor ein Standgericht gestellt worden sein, weil sie bei einer Wehrmachtstier in der Fremdenlegion die „Wacht am Rhein“ gesungen haben sollen. Friedrich Paul, v. Zeisel und Pössel sollen zum Tode verurteilt und Alfons v. Zeisel, der „Stettiner Abendpost“ zufolge, unter Beschäftigung der Probezeit 12 Stunden in den heißen Sand gelegt worden sein. Die Nachricht stammt von drei Stettinern, denen die Flucht aus der Fremdenlegion gelungen ist. Es bleibt abzuwarten, was die Untersuchung des Falles ergeben wird.

Eine französische Garnison von den Senussis bedroht. Nach glaubwürdigen Mitteilungen aus Dar-Fur befindet sich die französische Garnison in Dar-Fur mit den Senussis im Kriegszustand, der durch die Ermordung eines Scheichs der Senussi im Osten von Dar-Fur veranlaßt wurde. Um den Toten zu rächen, marschierte Sayed Dilal el Senussi, ein Bruder des großen Senussi, gegen die französische Garnison. Die Lage der Franzosen in Dar-Fur soll sehr kritisch sein.

Unruhen in Barcelona. Wie die Pariser Blätter melden, fanden in Barcelona abermals lebhafte Straßenkämpfe gegen das neue konservative Ministerium statt. Manifestanten feuerten Revolverkugeln ab. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor und beschlagnahmte zahlreiche Revolver. Die Hauptstraßen wurden militärisch besetzt.

Aufhebung der Telegrammenzür in Konstantinopel. Die türkische Regierung hat beschlossen, die Telegrammenzür für die Nachrichten an ausländische Zeitungen Ende dieser Woche aufzuheben.

Ein Vorschlag städtischer Bodenreform. In dem Bodenreform-Vorschlag, den die englische Regierung erlassen hat, dürfte eine Forderung Beachtung finden, die jetzt dem Schatzkanzler durch eine Deputation vorgetragen wurde. Es handelt sich um den Anspruch der Zuhaber städtischer Lokale auf Sicherung der Innehabung ihrer Geschäftsräume zu maßvollen Preisen, um die Befestigung einer besonders traffen Form der Ausbeutung des städtischen Bodenmonopols, die ja auch außerhalb Englands wohlbekannt ist. Die Deputation fordert die Gewährleistung der Weiterbenutzung des Geschäftsräumens durch den Inhaber, der dort einen Kundenkreis erworben hat und nun, da er an die Öffentlichkeit gebunden ist, der Früchte seines Fleißes zugunsten des Bodenmonopols herabzuwerfen, indem er entweder den wesentlichen Teil seines Geschäftsvertrages in Form gesteigerter Pacht an den Grundherrn abgibt, oder seine Geschäftsräume zur Abgabe an einen höherzahlenden neuen Mieter räumen muß. Die Forderung schließt auch hier, wie beim landwirtschaftlichen Pachtvertrag, die Konsequenz der Pachtfestsetzung durch ein Gericht, der Vergütung für dauernde Weiterbenutzung des Grundstücks u. dergl. in sich. — Es wäre eine würdige Aufgabe auch unserer Mittelstandsfreunde, sich diese Forderung, die bei Lord George sicher ein offenes Ohr findet, zu eigen zu machen. Hier wäre ohne Spiegelfechterei, ohne Hemmung des wirtschaftlichen Fortschritts und ohne Belastung der Konsumenten, ein wirkliches Stück Mittelstandsschutz, eine Förderung der Intelligenz und schaffenden Arbeit auf Kosten des ausbeutenden, müßigen Monopolbesitzes zu leisten. — Freilich ... wenn nur nicht eben dieser müßige und ausbeutende Monopolbesitz den „Kern“ unserer fortschrittsfeindlichen „Mittelstandsbewegung“ bildet!

In der Reichsduma hat die Arbeiterpartei eine dringende Interpellation wegen allgemeiner Bedrückung der Presse, besonders anlässlich des Debits-Prozesses, eingebracht.

Der Führer der Arbeiter, Miljukow, äußerte in seiner Begründung der Interpellation, die Bedrückung der Presse hätte in diesem Jahre einen Rekord erreicht, insbesondere sei versucht worden, den Debits-Prozess durch Repressivmaßnahmen gegen die Presse der Öffentlichkeit zu entziehen. Der Präsident hat, den Prozess nicht zu beschleunigen, Miljukow erwiderte, die Abgeordneten hätten das Recht, sich über eine ganz Russland aufregende Frage auszusprechen, und daß die Duma, gegen die geheime russische Stellung zu nehmen, deren Wirken Russland mit Schmach bedecke. Miljukow fuhr fort, die enge Verbindung zwischen Debits, Einbrechern und dem Dumaabgeordneten Samojlawsky erzeuge allgemeines Vertrauen. (Großen Lärm und Widerspruch rechts.) Der Präsident rief den Redner zur Ordnung. Dieser schloß: Es sei die höchste Zeit, zu erklären, daß seine Partei keine Verantwortung für den Debits-Prozess tragen wolle. (Beifall links.) Pariskowitsch (Ankerste Rechte) erklärte: Die bestreuten Stöße der Juden-schaft könnten dem christlichen Namen Samojlawsky nichts anhaben. (Stürmischen Beifall rechts.) Die Interpellation sei ein verbotener Versuch, in die Rechte des Gerichts einzugreifen; der erste Arbeitstag der Duma dürfe aber nicht ein Symptom-Meeting für die Juden darstellen, welche in dem Akt die Spuren eines Verbrechens zu verfolgen suchten, das die Aufmerksamkeit von Russland und ganz Europa erregt habe. Die Juden hätten alle Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung angewandt, auch zu Beschädigung und sogar zum Gift gegiffen. Der Präsident bat, Einzelheiten eines schwebenden Verfahrens nicht zu erörtern. Pariskowitsch erklärte, trotz der Versuche, die Rechte zu beschleunigen, Russland sei nicht Frankreich, es werde also nicht gelingen, die Dumatribüne auszunutzen, wie fernerzeit die Kammer für Dreyfus ausgenutzt worden sei. Eine Duma, die sich in ein Meeting verwandelt, könnte und müßte aufgelöst werden. Graf v. Bennigsen (Mitte) erklärte, die Arbeiterpartei würde für die Dringlichkeit stimmen, aber in der Diskussion nicht über den Gegenstand der Interpellation hinausgehen, da sie der Duma keine gerichtlichen Befugnisse beibringen (Beifall im Zentrum.) Die Dringlichkeit wurde gegen wenige Stimmen der Rechten und die Interpellation selbst mit 149 Stimmen der Linken und der Arbeiterpartei gegen 106 der Rechten und der Nationalisten angenommen.

Das Handelsministerium hat eine Gesetzesvorlage über die Beschäftigung der Kräfte und Syndikate ausgearbeitet. Zur Begleitung wird erklärt, die Bildung solcher Organisationen sei in der Arabastazialen armen Ländern unternommen, und selbst seien jene nicht zu unterdrücken.

Einige Malebrüder müßte jedoch bezogen werden. Die Verträge der Kräfte und Syndikate müssen nach dem Entwurf der Regierung beantragt werden; ihre Tätigkeit soll der Kontrolle des Staates unterstellt werden.

Die russische Spionage in Schweden. Wie die „Nationalzeitung“ erzählt, haben die Enthüllungen des großen Landesverratsprozesses gegen den ehemaligen schwedischen Unteroffizier Loergreen erwieken, daß Russland in Schweden seit längerer Zeit systematische Spionage betreibt. Es liegen nach ihrer schriftlichen Beweise dafür vor, daß der russische Militärattache in Stockholm Herr Wassonowitsch durch den verhafteten Handlungsgehilfen Holsteinson als Mittelsperson mit Loergreen in Verbindung stand. Die schwedische Regierung hat die Entfernung des russischen Militärattaches verlangt. Die russische Regierung ging unter Beobachtung einer Frist darauf ein. Die Entfernung von Wassonowitsch soll bevorzugen. Der russische Gesandte in Stockholm Saminski ist nach Paris gereist und wird von dort nicht nach Stockholm zurückkehren. In vielen schwedischen Kreisen herrscht Erbitterung und Mißstimmung gegen Russland. Die Stimme für einen förmlichen Anschluß Schwedens an Deutschland nehmen bedeutend zu.

Die Lage in Mexiko. Die Stadt Mexiko ist vollständig von den Rebellen frei. Diese richteten jedoch großen Materialschaden an und brannten die Lagerhäuser der Nationalbahn nieder. Die Ausländer wurden gefangen. Wahrscheinlich werden die Rebellen zurückkehren. Das vollständige Wahlresultat fehlt noch immer, jedoch ist eine Stimmenmehrheit für Sureta und Blanquez sicher. Die Lage der Regierung scheint im übrigen immer prekärer zu werden. Der Finanzminister versuchte gestern vergeblich, 4 Millionen bei den Banken aufzunehmen. Die Besichtigung wird allgemeiner, daß die angeforderte finanzielle Zwangsmaßregel unmittelbar bevorsteht.

Konfuzius in den chinesischen Schulen. Der Konstitutionsausschuß der chinesischen Republik beschloß gestern die Annahme des Konfuzianismus als Grundlage der ethischen Lehren bei der Festlegung des nationalen Erziehungssystems.

Breslauer Schlachtwert. Amtlicher Bericht über den Haupterwerb am 29. Oktober 1913. Der Auftrieb betrug: 1070 Rinder, 2193 Schweine, 122 Kühe, 77 Schafe, 1199 Hühner und vom vorigen Monate: 89 Rinder, 127 Schweine, 1 Kühe, 100 Schafe.

Es wurden gezüchtet für 80 Kilogramm:

	Lebendgewicht	Schlachtgewicht
I. Rinder. A. Ochsen:		
Vollfleischige, ausgewachsene Ochsen höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungeschnitten)	47-50	82-88
Vollfleischige, ausgewachsene, im Alter von 4 bis 7 Jahren gezogene, fleischige, nicht ausgewachsene u. ältere ausgewachsene Kühe geachtete junge, gut geachtete ältere	40-43	73-78
B. Bullen:	36-38	72-76
Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	48-50	83-86
Vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwerts	43-46	78-84
Wichtig geachtete junge, gut geachtete ältere	42	84
C. Kalben und Kähe:		
Vollfleischige, ausgewachsene Kalben höchsten Schlachtwerts	46-49	81-88
Vollfleischige, ausgewachsene Kähe höchsten Schlachtwerts, bis zu 7 Jahren	43-46	80-85
Ältere ausgewachsene Kähe und wenig gut entwickelte jüngere Kähe und Kalben	37-41	74-82
Wichtig geachtete Kähe und Kalben	28-32	62-71
Gering geachtete Kähe und Kalben	61-28	61-58
D. Wering geachtetes Jungvieh (Hühner):		
II. Kühe:		
Doppelender feinerer Rind		
Reine Rindfleisch (aus Norddeutschland)	60-64	103-110
Wichtige Kühe und beste Saugkühe	53-55	95-98
Geringere Kühe und gute Saugkühe	46-50	92-100
III. Schafe. A. Schafschafe:		
Wollschaf und jüngere Wollschaf	46-49	92-98
Ältere Wollschaf, geringere Wollschaf und gut geachtete junge Schafe	41-45	89-98
Wichtig geachtete Schaf und Schafe (Wollschaf)	30-33	60-66
B. Widder:		
Wollschaf		
Geringere Schaf und Schafe		
IV. Schweine:		
Vollfleischige Schweine über 120 bis 160 Kilogr. (240 bis 800 Pfund) Lebendgewicht	57-59	71-74
Vollfleischige Schweine über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	55-57	71-73
Vollfleischige Schweine über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	52-55	68-71
Vollfleischige Schweine bis 80 Kilogr. (160 Pfund) Lebendgewicht	51-53	66-69
Sauen und geschnittene Eber	49-52	64-68
Fettfleischige über 100 Kilogr. (8 Zentner) Lebendgewicht	59-60	72-78

Gesamtergang: Langsam.
Auftrieb nach Oberschlesien: 861 Rinder, 285 Schweine, 88 Kühe, 3 Schafe, nach Mittel- und Niederschlesien: 80 Rinder, 27 Schweine, — Schafe; nach Sachsen: 78 Rinder, 78 Schweine, — Kühe; nach Westdeutschland: 16 Rinder.
Unterverkauf nach anderen Plätzen: 11 Rinder.
Unterverkauf verbleiben: 76 Rinder, 89 Schweine, 40 Schafe.
Von den Schweinen wurden verkauft: 2 Stück zu 64, 2 zu 69, 2 zu 69, 2 zu 61, 101 zu 60, 143 zu 69, 217 zu 63, 336 zu 57, 265 zu 66, 286 zu 64, 807 zu 68, 158 zu 62, 77 zu 61, 25 zu 60, 8 zu 49, 7 zu 48, 11 zu 47, 4 zu 46, 2 zu 44, 2 zu 45, 1 zu 25, 1 zu 21 Markt.

7787/3



"Unsere Marine"
Erstklassig
Die beste
2 Pfg.
Cigarette

GEORG A. JASMATZI A. G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE
CIGARETTENFABRIK

Für Erwachsene ist KufeKe
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die beste geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Hecker. — Redaktion und Druckerei: Franz Hecker, Postfach 7. — Verlag der „Vollständigen“, G. m. b. H. — Druck: G. m. b. H. — Druck: G. m. b. H. — Druck: G. m. b. H.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Oktober.

Wer steht noch abseits?

Im heutigen schweren Kampf ums Dasein sollte besonders jeder Arbeiter und Angestellte einsehen, daß er sich an seinem Wohlfühlgehen arg vermindert, wenn er abseits steht und müßig zuschaut, wie die andern den harten Kampf führen um bessere Zeiten.

Am nächsten Sonntag werden deshalb wieder die Genossen einiger Distrikte von Haus zu Haus gehen, um neue Mitglieder für den sozialdemokratischen Verein zu gewinnen; sie treffen sich in folgenden Lokalen:

- Kugelfischerstraße 19 (Distrikt 2, Sauerbrunn),
Gewerkschaftshaus (Distrikt 15, Oltawertor),
Kupferhämdestraße 39 (Distrikt 19, Innere Stadt westlich).

Wer mitgehen will, gehe morgens um 8 Uhr oder später in eines dieser Distriktslokale und arbeite mit an der Verstärkung unserer organisierten Kampfschar.

Von der städtischen Feuerungs-Kommission.

In der letzten Sitzung der städtischen Kommission für bessere Versorgung mit Lebensmitteln wurde festgestellt, daß der Anlauf russischen Fleisches durch die Erhöhung der Preise und die drohende Ausfuhrbeschränkung ungeeignet und gefährdet sei. Bei eingeführtem Geflügelfleisch besteht die große Gefahr des schnellen Verderbens, wenn es nicht sofort vom gestorenen Zustande zum Verkochen kommt.

Zum Kampf

zwischen den Ärzten und Krankenkassen.

In seiner Sitzung am 22. Oktober, die von etwa 180 Ärzten besucht war, hat der Verein Breslauer Ärzte einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Breslauer Ärzteschaft hat bei den Verhandlungen mit den Krankenkassen, in dem Bestreben den Frieden zu erhalten, das weitest Entgegenkommen gezeigt. Nicht sachliche Erwägungen, sondern lediglich das Bestreben der Kassen, aus der Hand der ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder eine Machtfrage der Kassenvorstände zu machen, hat die Verhandlungen zum Scheitern gebracht.

2. Die Breslauer Ärzteschaft verurteilt auf das Entschiedenste das aller Standesrücksichten bare Verhalten derjenigen Ärzte, die den hiesigen Kollegen bei der Verleibung der berechtigten Forderungen der gesamten deutschen Ärzteschaft in den Rücken fallen und sie aus ihrer Tätigkeit verdrängen wollen.

3. Die Breslauer Ärzteschaft stellt vor der Öffentlichkeit fest, daß das von den Kassenvorständen beliebte neue System zwar infolge der ungewöhnlichen Höhe des von auswärts herangezogenen Ärzten ausbilligsten Honorars erheblich mehr Kosten wird, daß aber die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder in jeder Beziehung eine völlig unzureichende sein wird, auch wenn die von den Kassenvorständen angegebene Zahl der von ihnen aus dem ganzen Deutschen Reich zusammengeführten Ärzte richtig sein sollte.

4. Die Breslauer Ärzteschaft hat die feste Ueberzeugung, daß es ihr mit der Unterstützung der Gesamtheit der Ärzte Deutschlands gelingen wird, die Gefahr abzuwenden, die gleichmäßig die standbestreuen Breslauer Ärzte, wie die frankten Kassenmitglieder bedroht.

Die Breslauer Krankenkassen werden die Antwort auf diesen Beschluß nicht schuldig bleiben. Was die Gefahren anlangt, die den Kranken Kassenmitgliedern drohen, so ist es wohl das Beste, die Ärzte überlassen die Maßregel dagegen den Kassenmitgliedern selbst.

Die Passagierfahrten des Luftschiffs „Sachsen“.

Das Programm der Rheinther Zeppelin-Woche ist mit dem Vertreter der „Delag“ und den städtischen Behörden wie folgt festgelegt worden:

Das Zeppelin-Fahrzeug „Sachsen“ fährt Montag den 3. November, vormittags 11 Uhr, auf dem Flugplatz Dresden-Rothitz unter Führung der Herren Messor Sticker und Ingenieur Lehmann nach Magdeburg und trifft voraussichtlich gegen 2 Uhr nachmittags in Magdeburg ein. Nachdem das Fahrzeug nachgefüllt ist, findet dann gegen 3 Uhr eine 1 1/2 stündige Rundfahrt nach den nachbarlichen Städten statt. Am Dienstag den 4. November, vorm. 10 Uhr, findet eine Fahrt von Rummelsauer Bürgern nach Wunzlau und Umgebung und zurück nach Magdeburg statt. Die „Sachsen“ wird in Hungar zwischen 11 und 12 Uhr zu erwarten sein. Nachmittags 3 Uhr finden kleine Fahrten statt. Für Mittwoch den 5. November, vormittags 10 Uhr, ist eine große Fahrt nach Straßberg und Umgebung und zurück nach Magdeburg geplant. Nach Mitternacht des Luftschiffes nach Magdeburg finden in Magdeburg kleinere Fahrten statt. Am Donnerstag den 6. November fährt die „Sachsen“ nach Frankenstein und wird voraussichtlich dort landen, um einen Passagierwechsel vorzunehmen. Für Freitag den 7. November, vormittags, ist eine Fahrt, vorbehaltlich der Genehmigung der in Frage kommenden Militärbehörde, nach Breslau mit eventueller Landung vorgesehen. Der Nachmittag soll wiederum durch kleinere Fahrten ausgefüllt werden. Am Samstag den 8. November werden nach Bedarf kleinere und größere Fahrten unternommen werden. Mit diesem Tage wird auch die Anwesenheit der „Sachsen“ in Magdeburg zu Ende sein, weil dann am 10. November das Militärflugzeug „Z. 6“, das gegenwärtig zwischen den verschiedenen Städten Deutschlands Probefahrten unternimmt, die Reise in seinen neuen Heimathafen Magdeburg ausführt.

* Eine Humpeltaube mit dem Oberleutnant Castner als Führer und Leutnant Böhm als Begleiter landete gestern nachmittags glatt auf dem Gänbauer Exerzierplatz. Kurz nach 1 Uhr war das Flugzeug, das in mäßiger Höhe mit großer Schnelligkeit dahinflug, über der Gräbichener Vorstadt. Das Flugzeug, das man bei dem klaren Himmel sehr gut und weit verfolgen konnte, kam aus Polen. Die beiden Piloten beobachteten am heutigen Donnerstag vormittags nach Wien weiterzufliegen.

Der Mensch der Vorzeit.

sein Aussehen, seine Lebensweise und Kultur. Verfeinerte Liebreiz von Menschen der Jetztzeit. Das Alter des Menschengeschlechts — über diese Fragen spricht am dritten Abend des Vortragskurses, also am Freitag, den 31. Oktober, Genosse Dr. Druker, im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Die bisherigen zwei Vortragsabende hatten einen über Erwarten zahlreichen Besuch zu verzeichnen; da jeder Vortrag auch für sich verständlich ist, kann auch jetzt noch jeder Wissensdurstige sich dem Kursus anschließen. Die Einzelkarte zum Eintritt kostet 20 Pfennige und ist am Eingang des Saales zu haben.

Für die Teilnehmer des Kurses bringen wir noch einmal die Bücherliste unserer Zentralbibliothek. Sie enthält die wichtigsten Schriften zu dem Thema „Menschentum“ und gibt allen Genossen, die die neuerworbenen Kenntnisse vertiefen wollen, Gelegenheit zu weiterem Studium. Die mit einem Stern (*) versehenen Bücher sind leicht verständlich und besonders empfehlenswert.

- *5180 Ament, H. Die Seele des Kindes.
*5181 Bötsche, W. Die Abstammung des Menschen.
*5181, 1 u. 2 — Der Mensch der Vorzeit. 2 Bde.
5182 Buschan, G. Menschentum.
5182, 1 — Völkerkunde.
*5209, 1 Christeller. Bau- und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers.
*5192 Cuvonov, P. Die Technik der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen.
*5192 — 2. Teil. Nahrungsbeschaffung und Ernährung.
*5192, 1 — 3. Teil. Entstehung der Waffen, Körperschmuck, die Technik der Bekleidung.
5186 Darwin, Ch. Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl.
*5183, 2 Decker, P. Die Naturgeschichte des Kindes.
5184 Friesmanns, P. Der Mensch der Urzeit.
*5185 Hellwald. Der vorgeschichtliche Mensch.
513, 1 Haeckel, E. Das Menschenproblem.
513, 2 — Natürliche Schöpfungsgeschichte.
1032 — Die Weltkrise.
*5186 Hesse, R. Abstammungslehre und Darwinismus.
5186 Horner, W. Urgeschichte der Menschheit.
5193 Jacob, K. H. Der diluviale Mensch und seine Zeitgenossen aus dem Tierreiche.
*264 Kravotkin, W. Vegenzeitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt.
*5191 Lewyn-Dorshp. Die Technik in der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen. 1. Teil. Das Feuer. Der Wohnungsbau.
5191 Reinhardt, L. Die älteste menschliche Bevölkerung zur Jetztzeit in Europa.
5233 Sachs, G. Bau und Tätigkeit des menschlichen Körpers.
5168, 1 Sokolowski, M. Affe und Mensch in ihrer biologischen Eigenart.
518 Teichmann, E. Fortpflanzung und Zeugung.
528, 1 — Die Vererbung als erhaltende Macht.
528, 2 — Vom Leben und vom Tode.
530 Weule, R. Die Kultur der Kulturlosen.
*5189 — Kulturelemente der Menschheit.
*5189, 1 — Die Urgesellschaft und ihre Lebensführung.
*5189, 2 — Leitfaden der Völkerkunde.
531 Wiffner, L. Menschwerdung.
531, 1 — Leben und Heimat des Urmenschen.

Die Zentralbibliothek ist geöffnet vormittags von 9 bis 12, nachmittags von 6 bis 8 Uhr, Mittwochs und Sonntags geschlossen, sie befindet sich im Gewerkschaftshaus 3 Treppen.

Volksvorstellung des Bildungsausschusses.

Am Montag, den 3. November, abends 8 Uhr, werden im Gewerkschaftshaus die Billets zur ersten Volksvorstellung des Bildungsausschusses im Stadttheater ausgegeben. Die Vorstellung findet am Freitag-Abend statt, zur Aufführung kommt Verdis große Oper „Der Maskenball“.

Die Auslosung der Billets beginnt Montag, abends 7 Uhr, die Ausgabe um 8 Uhr. Die Preise sind wie folgt festgesetzt: Galerie-Stehplatz 20 Pfg., Galerie-Sitzplatz und 3. Rang-Stehplatz 30 Pfg., Stehparterre 40 Pfg., 2. Rang-Sitzplatz 50 Pfg., 2. Rang (Loge und Balkon) 60 Pfg., Parkett, Parkettlogen und Orchesterloge 80 Pfg., Fremdenloge, Profeniumloge, 1. Rangbalkon und 1. Rangloge 1 Mark. Die Billetausgabe erfolgt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Stadt-Theater.

Aufführung in deutscher Sprache von „Boris Godunow“.

Musikdrama in 3 Akten von M. Mussorgski.

Russische Musik ist in Deutschland schon seit Jahren bekannt; allenthalben werden Sinfonien von Tschailowsky, Borobino, Rimsky, Korjakoff und andere Orchesterstücke der genannten Komponisten in deutschen Konzerten gespielt. Russische Pianisten sind in Deutschland heimisch geworden, wie Gubowitsch, Gubrilowitsch, Capellinoff, und haben uns teils mit eigenen, teils mit Werken ihrer Landsleute bekannt gemacht. Man hat bisher von all diesen Dingen den Eindruck gewonnen, daß sich in ihnen Geniales neben Trivialem, die zarteste lyrische Empfindung neben unerschütterlicher Brutalität und rohem Orchesterlärm findet. Von russischen Opern sind nur ganz wenige zu uns gedrungen. „Eugen Onegin“ von Tschailowsky, eigentlich eine lose Aneinanderreihung von Bühnenbildern, „Die Wälfäbner“ und „Der Dämon“ von Rubinskin. Alle diese haben sich auf die Dauer auf der deutschen Bühne nicht halten können, weil ihnen der dramatische Kern fehlt, ohne den eine Oper nun einmal nicht denkbar ist. Es würde sich aber wohl lohnen, einmal das reizende Ballett „Der Ruschaker“ von Tschailowsky aufzuführen, dessen gebauende Musik aus Konzertaufführungen gut bekannt ist. — Modeste Mussorgski gilt als eine der originellsten und bedeutendsten Erscheinungen unter den russischen Komponisten. Am 28. März 1839 zu Iarow im Gouvernement Pskow geboren, zeigte er schon als Kind ein hervorragendes musikalisches Talent. Er besuchte die Petri-Paulischule in Petersburg, trat aber bald in ein Garde-regiment ein und wurde mit Czar Gui und Balakirew, zwei hochbedeutenden Musikern der russischen Metropole bekannt. Der letztere leitete nun M.'s musikalische Ausbildung. Schon in seiner ersten nach einem Zert von Gogol veröffentlichten Oper vertrat sich seine musikalisch-formatorischen Tendenzen. Bald darauf wurde er von Puschkin „Boris Godunow“ mächtig gepackt. Seine mangelhafte musikalische Ausbildung einerseits und ein unregelmäßiges Leben andererseits hinderten ihn jedoch am Aufstieg und so starb er schon 1881 in völliger Verarmung. Ganz Eigenartiges und Hochbedeutendes hat M. auf dem Gebiete des Liedes geschaffen; seine „Kinderlieder“ gelten bis heute als unerreicht.

Die Aufführung des Musikdramas „Boris Godunow“ fand 1874 am Marien-Theater in Petersburg statt. Namentlich die russische Jugend wurde durch dieses Werk in einen wahren Begeisterungstau mel veretzt und nur die Reaktionen empörten sich über die bis dahin unerhörten Schönheiten der Musik. Gewiß ist, daß Mussorgski seiner Zeit weit voranschritt. Der nach Puschkin gearbeitete Opernakt (Libretto) ist von lapidarer Gewalt. Mit dem Inhalt haben wir unsere Leser schon bekannt gemacht, es erübrigt sich nochmals dar-

auf einzugehen. Das Hauptinteresse konzentriert sich fast ausschließlich auf die Gemütskurve des Mörders, der später seinen Qualen erliegt, sowie auf den Anteil des russischen Volkes an den Ereignissen. Also eigentlich wieder eine russische Oper ohne Handlung. Die Gestalt des Boris, der trotz allem ein gärtlicher Vater und ein weiser, milder Herrscher ist, erweckt aber in dem Zuschauer eine nicht gewöhnliche Fühlung und ein starkes Mitleid.

Mussorgski hat es meisterhaft verstanden, seine Partitur von Anfang an in die russische Stimmung zu tauchen und den Hörer gleichsam in einen jugendlichen Bann zu versenken. Und alles geschieht ohne großen Aufwand. Seine Musik benützt wohl nationale Weisen, aber keine echten; sie klingen nur so, aber keine Gemaltheit gibt den Volkswesen, sowie den wilden und auch den liturgischen Chören die glühende Farbe seiner kühnen Harmonik, seines mannigfachen Rhythmus und seiner Instrumentationskunst. Freilich weiß man nicht, was von ihm und was von dem Uebersetzer Rimsky-Korsakow kommt. Jedenfalls muß man staunen, daß ein solches Orchester bereits vor 40 Jahren geschrieben werden konnte, wo man anderwärts erst langsam sich an Wagner zu gewöhnen begann und noch in den Pfaden Meyerbeers und Gadebys wandelte. Wenn man den andern Russen zum Vorbild macht, daß sie in ihrer Exaltation kein Maß kennen und vorwärts, muß man von dem Orchester Mussorgskis sagen, daß es auch nicht an einer einzigen Stelle die Grenzen des Welttheatrisch-Schönen überschreitet. Daß trotzdem die Gem. des Orchesters an manchen Punkten hätte gedämpft werden können, ist eine andere Sache. Die auch in dieser Volksoper vorkommenden Langmusiken — keine Ballettmusik! — ergeben sich wie von selbst aus der Situation und sind immer stark persönlich im Charakter. Auch dort, wo auf der Bühne ein Stillstand eintritt, beispielsweise in den beiden großen Monologen des Boris, spielt das Orchester in allen Farben, wie die reich ornamentierten Gewänder der Aristokraten und die bunten Kostüme der Volksmassen.

Am dem großen Eindruck, den das Werk am Mittwoch bei dem ausverkauften Hause hinterließ, hat natürlich die Darstellung einen sehr hervorragenden Anteil. Im Vortrefflichen stand Herr Gruber-Grutira, der die Titelrolle in vorzüglicher Weise verkörperte. Er war erschütternd in der Schilderung der wühlenden Gewissensangst, die seine Jüge verzerrte und bedeutend in der Art seines Sings, der absolut nichts theatralisches anhatet. Eine überaus wertvolle Akquisition! Aber auch die anderen Darsteller beiderlei Geschlechts, die Damen Kuska, Drowald, Bauer, Reich und Reinhardt, die Herren Kapell, Oster, v. Jopoth (bet in dieses Milieu hineinpaßte), Baron, Stranski, Pieroth erlebten ihre Rollen mit der gleichen Innerlichkeit. In einer nicht großen, aber wichtigen Partie glänzten die schönen Mittel des Herrn Hochheim, als Haller, Demetrius brachte Herr Gläser (im Verein mit Pieroth und Herr Kuska) das letzte Bild zu vollender Wirkung. Eine Kabinetsleitung für sich

bildete der König des Herrn Wilhelm; er macht das dicke Bild zu einer Sensation. Vorzüglich gingen die schwierigen Chöre und das Orchester unter Prätzer hatte seinen guten Abend, Erwünschenswert sind die stimmungsvollen Dekorationen, die vielfach die Stimmung zu steigern vermochten. S. M.

Aus aller Welt.

Kleine Notizen.

— Ein merkwürdiger Prinz. Ein Fremder eines jeres Blattes schickte uns die dänische Zeitung „Politiken“ vom 17. Oktober. Sie enthält ein Bild des Leichenbegängnisses des ersten dänischen Fliegers, Prinz, der tödlich abgestürzt ist. Unter den Sargträgern ist Prinz Axel zu sehen, der Vater des dänischen Königs. Prinz war sein Fluglehrer. Darum erweist ihm der Prinz die letzte Ehre in einer Form, in der sich wohl noch kaum ein deutscher Prinz betätigt hat. Und Prinz war nicht einmal Offiziersflieger, sondern ein ganz gewöhnlicher Zivillist!

— Der Maler Carlos Getho ist gestorben. Sein Schaffen gab das Städt. in Bildern des Meeres, dessen schwere kraftvolle Schönheit es eigenmächtig empfand. Nur ein prägnanter Gemälde hat er, wie keines vor ihm, die Arbeit des Seefischer gezeichnet. In jungen Jahren hat er sich an den Küsten Belgens und der Bretagne, das Leben eines Schiffers führend, geschult. Diese Schule fühlt man in seinen Bildern. Er ist nur 49 Jahre alt gestorben.

— Explosionsgefahr des Luftschiffs. Im Verein deutscher Chemiker ist der französische Gelehrte Raoul Pictet für eine Aenderung der heute gebräuchlichen Ballonfüllung eingetreten. Er sieht in der Verwendung von Stickstoff die beste Sicherung gegen Explosionsgefahr. Seifenblasen, mit Wasserstoff gefüllt, explodieren bei Annäherung eines Streichholzes; sind sie mit 90 Prozent Stickstoff und 10 Prozent Wasserstoff gefüllt, bleiben sie unentzündbar. Der Amerikaner Aeno Hörner wies zuerst auf die Lösung des Problems durch Stickstoffverwendung hin.

— Der Tuberkulosenausstellungsaug. Des Staat Rouffiana hat, wie die populärwissenschaftliche Monatschrift „Gg“ mitteilt, einen aus drei Wagen bestehenden Zug geübt, in dessen letztem 23 Meter langem Wagen sich eine holländische Tuberkulose-Wanderausstellung befindet, in den beiden anderen eine Ausstellung für Zahnpflege und Alkoholdesinfektion. Ferner enthält der Zug zwei Kinematographen zur Unterhaltung der geladenen Vorkügel. Er fährt von Ort zu Ort und ist unter Eisenbahnen und anderem Publikum eine außerordentlich reiche Attraktion aus. Eine nachdenkliche Betrachtung

Die Eittlichkeitsverbrechen vor Gericht.

Wohl selten hat ein Prozeß die Deffinitivität so in Spannung gehalten wie der, mit dessen widerlichen Einzelheiten sich die Breslauer erste Strafkammer bereits am 20. Oktober beschäftigten mußte. Der zweite Teil der Verhandlungen ist am Mittwoch in der neunten Abendstunde abgeschlossen worden. Die Verhandlungen haben diesmal zwei Tage gedauert.

Die Zahl der Verteiliger war größer als die der Angeklagten, weil Pohl a. V. drei Anwälte, ein anderer Angeklagter zwei zu seinen Verteidigern bestellt hatte. Mehr als 30 Zeugen wurden vernommen. In der Hauptphase stützten sich die Anklagen auf die Bekundungen der beiden Mädchen Klara Fröhlich (geboren am 8. September 1898) und Emma Seidel (geboren am 14. Januar 1901), deren Mütter ebenfalls als Zeuginnen zur Stelle waren. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Mundry, die Anklage vertrat Staatsanwalt Sehnis. Der Landgerichtspräsident Dr. Felsmann und der erste Staatsanwalt H. G. wählten die Verhandlungen zeitweilig bei. Der Großschlichtermeister Oskar Kroboth war gegen eine hohe Sicherheit aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Gegen ihn hatte der Staatsanwalt am Dienstag drei Jahre Gefängnis beantragt. Wie wir berichtet haben, wurden die Verhandlungen am Dienstag abend, nachdem der Staatsanwalt gesprochen hatte, abgebrochen und auf Mittwoch früh vertagt. Kroboth erschien aber am Mittwoch nicht vor Gericht und es fehlt vorläufig jede Spur über seinen Verbleib. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der verurteilte unterbetretete Großschlichtermeister geflüchtet ist. Seine hinterlegte Sicherheit verfällt natürlich der Staatskasse.

Der öffentlichen Urteilsverkündung schied der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Mundry, folgende Ausführungen voran: „Die heutige und gestrige Verhandlung hat im wesentlichen dasselbe Bild ergeben wie die vom 20. Oktober. Wir haben bei der Strafzumessung berücksichtigt, daß es etwas anderes ist, ob jemand ein unverbodenes, unbefestetes Kind verführt, oder ob er ein bereits verführtes Kind mißbraucht. Den Kindern, die für diesen Prozeß in Frage kommen, fehlte schon das Verstande, die Anklage zu beantragen, als sie in Verbindung mit den jetzigen und bereits abgourteilten Angeklagten traten. Aber ich halte, daß trotz dieses Umstandes die Angeklagten unumwundenlich und unverzüglich gebandelt haben. Das Gericht ist aus diesen Erwägungen heraus dazu gekommen, sämtliche Angeklagten mildernde Umstände nicht zu verurteilen. Wir haben die zur Anklage stehenden Fälle im großen und ganzen ziemlich gleich beurteilt, aber nicht alle Fälle über einen Namen gesprochen. Das Gericht hat jeden einzelnen Fall eingehend und genau geprüft und daraus ergeben sich die folgenden Urteile.“

Beim Angeklagten Versicherungsinspektor Fritz Seilmann sieht sich, daß er mit der Fröhlich, kurz bevor sie 14 Jahre alt wurde, unzüchtig verkehrt hat. Wir haben indessen das Zeugnis des Mädchens doch nicht als voll ausreißend abhalten, um ihn hier schuldig zu sprechen. Dagegen sind ihm zwei Fälle des unzüchtigen Verkehrs mit der minderjährigen Seidel zweifelhaft nachgewiesen. Wir haben sieben Monate Gefängnis dafür festgesetzt. Der Heizer Fritz Schneider ist gleichfalls des Eittlichkeitsverbrechens an der Seidel als schuldig erachtet worden; sechs Monate Gefängnis (die Mindeststrafe bei Zubüßung mildernder Umstände) sind angemessen. Dem Kassierer Hermann Seidel ist nachgewiesen, daß er in seinem Kassierersbüreau die Seidel mißbraucht hat. Bei ihm sind auch sechs Monate Gefängnis als ausreichende Sühne erachtet worden. Beim Bedienten Alfred Wolf ist sehr erschwerten Verbleib ins Gericht, daß er in der Wadenkassette den unzüchtigen Verkehr mit den Kindern anderen Männern Mitteilungsgegenstand gemacht hat. Ein solches Tun ist äußerlich gemeingefährlich. Eine Wadenkassette ist kein Versteck. Er ist also der Hauptverursacher; außerdem ist er wegen Eittlichkeitsverbrechen an der Seidel in einem Falle und wegen Beihilfe zum Eittlichkeitsverbrechen zu bestrafen. Wir haben bei ihm ein Jahr Gefängnis für angemessen erachtet. Der Buchhalter Max Wolf ist des Eittlichkeitsverbrechens in zwei Fällen an der Seidel schuldig, er wird deshalb zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Den Minor Kommerzienrat Kirchmann haben wir wegen unzureichenden Beweises freigesprochen. Vom Porrier Alois Wende steht fest, daß er mit der damals 13jährigen Seidel unzüchtigen Verkehr geübt hat. Auch bei ihm haben wir es bei der Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis belassen. In gleicher Weise hat sich der Kaufmann Stanislaus Zmudinski schuldig gemacht; auch hier sind sechs Monate Gefängnis ausreichend. Den Kassierer Paul Morozow, der die 12jährige Seidel gebrauchte hat, haben wir ebenfalls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der landwirtschaftliche Administrator Richard Wolf kam eines Tages in etwas animierter Stimmung vom Mittagessen und wurde auf der Straße von der älteren Fröhlich angeleitet. Er ist dann mit ihr umgegangen, aber hat nicht die volle Überzeugung von seiner Schuld gewinnen können und deshalb war er nach dem Grundsatze: Wo der Zweifel herrscht, da immer zu Gunsten des Angeklagten, freigesprochen. Der Kaufmann Paul Rothmann hat mit der fünfzehnjährigen Fröhlich wiederholt geschlechtlich verkehrt. Das ist zwar sehr unmaralisch, aber nach dem Gesetz (das die Altersgrenze nur bis zum vollendeten 14. Lebensjahre zieht), nicht strafbar. Die Fröhlich hat ihre minderjährige Freundin, die Seidel, eines Tages mitgebracht. Rothmann bestritt zwar, mit dem jüngeren Mädchen verkehrt zu haben; das Gericht hat das aber in diesem einen Falle doch als erwiesen angesehen und den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beweisaufnahme hat gegen den Geschäftsführer Bruno Kott einen starken Schuldverdacht zurückgefordert; ein vollgültiger Beweis hat sich jedoch nicht erbringen lassen und so rechtferdig ist keine Freisprechung. Der Angeklagte Kaufmann Julius Friedländer mußte auch freigesprochen werden. Ebenso ließ sich dem Schuhmachermeister Georg Frenzel ein strafbares Handeln nicht mit voller Sicherheit nachweisen, deshalb auch ihm die Freisprechung.

Gegen den flüchtigen Großschlichtermeister Kroboth behielt sich das Gericht den Erlass eines neuen Verhaftungsbefehls vor. Sonst sind die freigesprochenen Angeklagten in Haft beblieben, wurde ihre sofortige Freilassung angeordnet. Die verurteilten Angeklagten, die in Haft saßen, wurden wegen Hauptverbrechens weiter in Haft beblieben.

In der Sache gegen Kaufmann Wilhelm Blacha wurde schon am Dienstag vormittag Verurteilung beschlossen. Da bei ihm die gesetzliche Verjährungsfrist nicht gewahrt war, mußte auf seinen Antrag der Fall abgezwängt werden.

Ein letzter unpassender Verhandlungstermin wird nicht mehr angezogen. Die Polizei hat zwar viel mehr Personen verurteilt, als verurteilt wurden. Das erklärt sich aber durch die Tatsache, daß gegen eine Anzahl der Verurteilten so schwache Verurteilungsgründe vorliegen, daß sie freigelassen werden müssen. Die beiden Mädchen, die jetzt in einem Rettungshaus untergebracht sind, werden sich in Kürze wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit vor dem Jugendgericht zu verantworten haben. Auch wegen Ruppel's haben noch einige Anklagen bevor. Der Übergang des Publikums war am Mittwoch nicht mehr so fest wie am Dienstag. Immerhin hatte die Polizei doch zu tun, die vielen Zuschauer, die sich bei der Urteilsverkündung in den Saal brachten, zurückzuführen. Meine Reueingeweihten hatten sich nach Verlauf der Verhandlung auf der Straße vor dem Gerichtsgelände gebildet. Vorüber am Untersuchungsgefängnis warteten viele Leute auf die freigesprochenen Angeklagten, die zum Teil vor dem Gefängnis erwartet wurden. Die beiden Mädchen wurden am Mittwoch nicht verurteilt, weil die Beweisaufnahme bereits am Dienstag abend beendet war. Die Neben den beiden Verteidiger haben einen ganzen Tag gehalten.

Vom Großschlichtermeister Oskar Kroboth, der Mittwoch früh zur Verhandlung nicht erschienen und anscheinend flüchtig ist, meldet die „Schlesische Volkszeitung“, daß er gegen eine Sicherheit von 12.000 Mark auf freiem Fuße war. Sobald sich das Fehlen des angeklagten Großschlichters herausgestellt hätte, wurde das Polizeirevier, in welchem er wohnt, angewiesen, Nachforschungen nach dem Verbleib des Angeklagten anzustellen. Die Feststellungen ergaben, daß er, der 38 Jahre alt und Junggeselle ist, in seiner Wohnung nicht angetroffen war. Der Polizei wurde aber mitgeteilt, daß der Gesuchte bereits am Abend vorher seinem Neffen sein Geschäft zur Weiterführung übertragen habe und diesem auch die nötigen Geldmittel zurückgelassen habe. Deshalb gerufen habe, zumal der Staatsanwalt gegen ihn, als einen der Hauptschuldigen an der unzüchtigen Seidel, drei Jahre Gefängnis in Antrag gebracht habe.“

Ein Junggeselle, gegen den drei Jahre Gefängnis beantragt werden, bietet auf freiem Fuße, weil er 12.000 Mark zahlen könnte. Da sieht man wieder, die geflüchteten Verurteilten über die Sicherheitsleistung bei Fluchtverboten nicht den reichen Leuten; ein armer Teufel wäre in diesem Falle kaum auf freiem Fuß gekommen. Im übrigen freilich erklären wir, es steht durchaus nicht nach unserem Sinn, dem Großschlichtermeister wie seinen Mitangeklagten besonders hohe Strafen zu wünschen.

1928 Kirchenaustritte an einem Abend.

Die vom Komitee „Konfessionslos“ geführte Kirchenaustrittsbewegung legt in diesem Jahre anscheinend noch viel stärker ein als im vorigen Jahre. In Berlin wurde am Dienstag abend der „Massenstreik“ gegen die Staatskirche in vier Kleinen Versammlungen abgehalten.

Redner waren Geheimrat Professor Ostwald, Dr. Bruno Wille, Rediger Tschirn (Breslau) und die sozialdemokratischen Abgeordneten Neus, Dr. Liebnicht, Adolf Hoffmann und Vogtherr (Stettin). 1928 Kirchenaustritte waren das sofortige Ergebnis der Versammlungen. Ein wohlhabender Mann stiftete 100 Mark, um armen Leuten den Austritt zu erleichtern.

In Breslau werden, wie schon gemeldet, am Dinstag zwei ähnliche Versammlungen im Konzerthause und im Gewerkschaftshause abgehalten. Aber schon in den letzten Tagen ist die Nachfrage nach Formularen für den Kirchenaustritt recht rege geworden. Der Austritt im Herbst ist deshalb die günstigste Zeit, weil man dabei die Kirchensteuer für ein Jahr erspart.

Das Borgunwesen und seine Bekämpfung

bearbeitete der hiesige Detaillisten-Verein in seiner Monats-Versammlung am Mittwoch. Den einleitenden Vortrag hielt Dr. Meyer, der u. a. folgendes ausführte:

Es haben sich in den kreditgebenden Gewerben große Auswüchse eingeschlichen, gegen die der einzelne geradezu hilflos daheißt. Da müßte die organisierte Selbsthilfe einsetzen. Es habe keinen Wert, immer nur über schlechte Zeiten zu jammern und zu klagen, dabei aber die Hände müßig in den Schößen zu legen. Jeder Beteiligte müßte mit aller Kraft gegen das Borgunwesen feuern, vielfach sei es nicht böser Wille der Käufer, sondern ihre Gewohnheit oder Nachlässigkeit und Bequemlichkeit. Viel Schuld sei auch den Gewerbetreibenden beizumessen, weil sie die Mahnungen nicht rechtzeitig hinauswischen.

Die Mehrzahl der Gewerbetreibenden gebrauchen aber nicht die einfachsten kaufmännischen Vorsichtsmaßregeln und geben sich dem müßigen Glauben hin, sie müßten jedes Geschäft machen, weil es sonst ein anderer mache. Eine Abhilfe sei durch Selbsthilfe und größeren geistlichen Schutz des Gläubigers zu erwarten der Gläubiger steht gewissermaßen Schutzlos dar. Die Pfändungen seien meistens fruchtlos und vor dem Offenbarungseide habe der Festgehaltene keine Angst; er weiß, daß da 45 Mk. für Gerichtsvollzieher und die Gefängnisverwaltung hinterlegt werden müssen. In den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache. Stattd. Bedez betonte, daß sich die Kaufleute leider von hochtönenden Namen zum Kreditgeben verleiten lassen. Herr Schäfer berichtete dann über die Schuldenverhältnisse der Kaufleute, die in Breslau bestehen. Es seien damit schon Vorteile erreicht worden und es sollten sich ihnen alle anschließen, die gezwungen sind, Kredit zu bewilligen.

Die Aussage des früheren Schuhmanns.

Kürzlich stand der Schreibergerichten Ernst Altmann vor dem Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Reichsgewerkschutzgesetz. Die Anzeige rührte von dem früheren Schuhmann Karl Seidel her, der, wie er selbst zugestehen mußte, die Anzeige aus Nachdruck abgibt hat. Seidel will eines Tages bemerkt haben, daß der ihm verbaute Altmann in seinem Schreibergerichten auf Singdögel stelle, indem er Leimruten auf den Beinen auslegte und in einem Gebauer in der Schreibergerichtenlaube einen Lochstich hielt. Vor Gericht erklärte der Angeklagte damals, die mit Leim bestrichenen Ruten hätten zum Vertilgen lästiger Fliegen gedient. Denselben Zweck hatte auch der vermeintliche Lockvogel, der kein Lockvogel, sondern ein Fliegenfänger war.

Die Aussage des Schuhmanns, der sich gegenüber seinen früheren Bekundungen in Widersprüche berwickelte, kam dem Gericht sehr zweifelhaft vor. Der Anwalt stellte selbst einen Verurteilungsantrag, dem das Gericht zustimmte. Es wurde beschlossen, die Krankengeschichte des Schuhmanns einzufordern, der bis Ende 1912 in der Nervenklinik des Geheimrat Hofberg behandelt worden ist. Das Gericht war der Ansicht, daß Seidel wahrscheinlich heute noch nicht ganz geheilt ist. Diese Vermutung schloß sich in der Tat bestätigt zu haben, denn am 24. Oktober ging Altmann ein Befehl des hiesigen Amtsgerichts zu, aus dem hervorgeht, daß die Staatsanwaltschaft die öffentliche Klage zurückgezogen hat. Damit ist die Sache für Altmann erledigt.

Am Mittwoch hat jedoch das hiesige Schöffengericht in einer anderen Strafsache gegen Altmann dem persöhnlichen Schuhmann Seidel, der wiederum als Belastungsschwere auftrat, vollen Glauben geschenkt. Nach dem Eröffnungsbeschluss soll Altmann Ende Juli 1913 in Karlowitz in das bescheidene Versteck des Seidel, nämlich in dessen Schreibergerichten, wiederrechtlich eingeschlichen sein. Er soll den früheren Schuhmann jener mit Lockvogel bedroht und sich bei einem Angriff eines Gewerkschafters bedient haben. Altmann bestritt die Richtigkeit der Seidelschen Aussage. Er legte dem Vorsitzenden den erdachten Einlassungsbeschluss des Amtsgerichts in der Vogelstellerfrage vor. Der Richter meinte aber, es sei aus dem Beschlusse nicht zu ersehen, welche Gründe die Staatsanwaltschaft dazu veranlaßt haben, das Verfahren wieder niederzuschlagen. Auf Grund der bebliebenen Aussage Seidels wurde Altmann zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Bescheidene wird dagegen Verurteilung einlegen und den Antrag stellen, die Akten der Staatsanwaltschaft in der anderen Sache dem Schöffengericht vorzulegen. Er ist gewiß mit Recht der Ansicht, wenn in der einen Sache das Verfahren eingestellt wird, weil der frühere Schuhmann als Zeuge nicht vollwertig erscheint, so kann er in der anderen Sache nicht verurteilt werden.

Jagd auf einen Einbrecher.

In der Nacht zum Donnerstag wurde eine aufregende Jagd auf einen Einbrecher veranstaltet. Als um 3,30 Uhr morgens in Wächter der Wach- und Schließgesellschaft eben im Begriff

war, das Grundstück Bringerplatz 5 zu verlassen, hörte er aus den Geschäftsräumen der Kaffee-Rösterei von Otto Stiebler verdächtiges Klopfen. Er ging sofort zurück und beim nächsten Eintritte in die Geschäftsräume selbst nicht gelangen konnte und als dieser zur Stelle war, auch den Geschäftsinhaber, dem sich der Schuhmann von der Anwesenheit des Einbrechers überzeugt hatte, rief er die Polizeiwache, die sofort fünf Beamte entsandte.

Inzwischen war es dem Einbrecher gelungen, durch ein Aichtfenster auf das Dach und von hier über mehrere andere Dächer in das Grundstück des Schultheiß-Auschanles zu flüchten. Die verfolgenden Beamten wurden dies auch bald gewahr und nahmen die Verfolgung über die Dächer auf. Um auf die Straße zu kommen, mußte der Flüchtling von einer etwa 8 Meter hohen Mauer herabspringen, was ihm auch gelang, ohne daß er irgendwelche Verletzungen erlitt. Dem ging durch die Grochengasse über die Schweidnitzerstraße zum Palaisplatz. Der Vorfall hatte trotz der nächtlichen Stunde viele Zuschauer herangelockt, unter denen auch einige Madonnen waren, die ihm nachteilig und den Weg verstellten konnten. Dem Schloßplatz wurde endlich der Einbrecher eingelangt und auf die Polizeiwache geschafft.

Allen Anschein nach ist der Einbrecher vom Dose durch ein Fenster eingestiegen. Im Geschäftsräume erbrach er eine Kontrolltasche, fand darin aber nur 80 Mk.; auch einige Schreibzettel öffnete er gewaltsam, ohne aber Geld zu finden. Seine Beute konnte ihm nach der Festnahme wieder abgenommen werden. Der Einbrecher hat sich im Geschäftsräume wohl sein lassen; er trank gemächlich eine Flasche Apfelwein, es Leberwurst und bis schließlich auch die schönste Birne an, die in der Jahrhundert-Ausstellung prämiert worden war.

Der Arbeiter-Rotiz-Kalender 1914 ist soeben erschienen. Von Jahr zu Jahr steigert sich die Beliebtheit dieses von untern Berliner Parteiverlag herausgegebenen Taschenbuches für Arbeiter, was durch die immer regere Nachfrage am besten bewiesen wird. Der Verlag hat es sich angelegen sein lassen, den Inhalt des Kalenders 1914 ganz besonders reichhaltig zu gestalten.

Dem Andenken August Webers ist ein gut ausgeführtes Porträt im Viertelband mit einer kurzen Schilderung des Lebens gewidmet. Die Abhandlungen behandeln folgende Themen: Wie erzieht man die Jugend zu freien selbstbewußten Menschen, von Emil Sonnemann. — Krankheitsverhütung und erste Hilfe, von Dr. F. Zadek. — Schöffen und Geschworene, von Karl Freter. — Der Reichstag, von Ernst Baumig. — Außerdem enthält der Kalender unter anderem: Alle für Arbeiter wichtigen Adressen. — Reichhaltiges statistisches Material über die Reichstagswahlen 1912 und die Nachwahlen. — Biographische Notizen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. — Die Gewerkschaften im Jahre 1912. — Kalendarium, Geschichtskalender, Vortage, Metaphern, Notizbuch.

Der Preis des dauerhaft gebundenen Kalenders beträgt 50 Hg. Alle Buchhandlungen und Kolporteurs liefern den Kalender.

Gepäckdiebstahl ohne Ende. Alljährlich mit Beginn der langen dunklen Abende treten auch Gepäckdiebstahl in Massen auf. In diesem Herbst aber erscheinen sie besonders leuchtend, denn in letzter Zeit sind täglich 10 bis 15 Fälle gemeldet worden, wo Kutschern oder Pannwagenführern auf Frachtbahnhöfen, bei der Fahrt durch die Stadt oder beim Halten vor einem Hause Gepäckstücke vom Wagen gestohlen werden. Der Kriminalpolizei ist es bisher trotz aller Bemühungen nicht gelungen, einen solchen Dieb abzufassen oder zu ermitteln. Da auch die gestohlene Ware nirgends auftaucht, so muß vermutet werden, daß eine ganze Bande an diesen Diebstählen mitarbeitet. Offenbar werden solche Wagen von Mitgebern der Pande verfolgt, bis sich ein günstiger Augenblick zum Stehlen bietet. Dagegen gibt es nur die eine Hilfe, daß die Kutscher oder Führer ihre Wagen niemals ohne Aufsicht stehen lassen oder im Lieferer der Ware von vornherein dem Kutscher oder Wagenführer einen Begleiter mitgeben. Aller Wahrscheinlichkeit nach verschleift die Diebstahlbande die gestohlene Ware, die meistens aus Kleiderstoffen besteht, unter der Hand an Verbraucher oder aber sie verkauft sie an Händler, die damit handeln gehen. Vor Anlauf von Ware aus zweifelhafter Quelle zur wird gewart und zugleich gebeten, irgendwelche Beobachtungen die Ermittlung der Diebstahlbande führen könnten, im Polizeipräsidium Zimmer 62 zu melden.

Schwerer Betriebsunfall. In der Dütenfabrik Matthiasstraße 45 ist am Mittwoch vormittag eine Arbeiterin mit dem rechten Hand in eine Maschine geraten, wodurch ihr die Finger vollständig zerquetscht wurden. Samariter der Feuerwehr legten der Verunglückten einen Notverband an und schafften sie ins Allerheiligenhospital.

Ueberfahren. Am Dienstag nachmittag gegen 5 1/2 Uhr wurde an der Hundsfelder Brücke ein Maurer schwer verletzt aufgefunden. Offenbar ist er von einem Fuhrwerk überfahren worden. Samariter der Feuerwehr leisteten ihm die erste Hilfe und schafften ihn dann ins Allerheiligenhospital, wo man schwere innere Verletzungen feststellte.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Mitteilungen aus den Direktionsbüros:
Stadt-Theater. Heute wird Beethovens „Fidelio“ mit Paula von Florentin-Weber in der Titelrolle, Paul Hochheim als Florentin, den Herren Willekopff, Grift, Baron, v. Zopoth und Frau Karowka gegeben. Vor der letzten Szene wird die große Leonorenouvertüre vorgelesen. Es gelten ermäßigte Preise. In der Freitag-Aufführung von „Lannhäuser“ in der Pariser Bearbeitung singt Herr Borgmann als Gast den Lannhäuser, Fraulein Justa die Elisabeth, Frau Verhulst die Venus, Herr Becker den Wolfram, Herr Willekopff den Landgrafen. Sonnabend geht Verbis „Maßstab“ in Szene.
Im Loden-Theater wird heute Donnerstag die mit größtem Beifall aufgenommene Reinszenierung von Goethes „Faust“, 1. Teil, wiederholt. Die Hauptrollen spielen Fr. Mary Urban und die Herren Machold und Maritz. Beginn dieser Vorstellung ausnahmsweise 7 Uhr.

Schauspielhaus. Heute Donnerstag gelangt die Operette „Das Farmer-mädchen“, die bei ihren Wiederholungen stets größten Beifall findet, zur Aufführung. Morgen Freitag „Der lachende Chemann“, Sonnabend und Sonntag „Das Farmer-mädchen“. Sonntag nachmittag zu kleinen Preisen „Der liebe Augustin“.
Im Thalia-Theater geht heute Donnerstag, den 30. d. M., als Vereinsvorstellung (Gruppe D 2, Vorstellung) Lubow Gulda's reizendes Lustspiel in 5 Aufzügen „Der Dummkopf“ mit Herrn Direktor Birron und Fr. Lily Hesse in den Hauptrollen in Szene. Beginn 7 1/2 Uhr.

Lieblich Stablfestmenen. Nur noch Donnerstag und Freitag bleiben die Oktober-Kunststücke auf dem Spielplan. Am Sonnabend, den 1. November, findet ein Wechsel des Programms mit folgenden Namen statt: Besie Brothors, Musikal-Planeten; Krenla Brothors, Excentriker; Erlö Romanos, Phantasia-Lägerinnen; Silvers Smith, Kombinations-Reservat; Dobs-Gruppe, Original ungarisches Pigeuner-Ballet; Lily Abbott u. Partner, Melange-Alt; die berühmten 8 Gebrüder Wille, die Könige der Equilibristen; das Aestheten-Paar Wilken u. Schulhoff und die Opern-Vrindonna Elise Karoll mit ihrer Novität „Eine Vision“. Dann folgt der Meister des Humors und der Satire Otto Keutter nach einjähriger Pause wieder zu einem Gastspiel ein. Der Bille-Vorverkauf für die Premiere hat bereits an der Zaasstasse von 9-2 und 4-6 Uhr begonnen.

Aus Oberschlesien.

Christliche Arbeitervereine gegen den Zollwucher.

Wenn sie nicht im Parlament sitzen, sondern vor den Arbeitern stehen, dann müssen sich auch die Zentrumsagitatoren gegen den Fleischzoll erklären. In der Rattowitzer Stadtverordnetenversammlung trat der liberale Bürgermeister Pohlmann der Meinung entgegen, als ob die deutsche Landwirtschaft imlande wäre, den einheimischen Fleischbedarf zu decken, besonders den ober-schlesischen. Er verlangte die Öffnung der Grenzen, und ihm schloß sich auch der rechtsnational-liberale Bergwerksdirektor Pistorius an. Der Zentrumsredner, Arbeitersekretär Erhardt, bezeichnete die Lebensmittelpreise als außerordentlich hoch, daß die Aufhebung der Zölle und die Öffnung der Grenzen notwendig sei.

So reden diese Zentrumsleute in der Provinz; im Reichstage stimmen sie dann für die hohen Zölle und für die Grenzsperrn!

Rattowitz, 30. Oktober. Verschüttet. Auf dem Bahnschacht der Königsgrube wurde der 23 Jahre alte Lehrling Franz Stegler von hier von herabfallenden Kohlenmassen verschüttet und konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Er war verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Auf der Gräfin Lauragrube wurde der Häuer Klonset von herabfallender Kohle schwer verletzt; der Verunglückte befindet sich im hiesigen Knappschafts-Krankenhaus.

Röschhütte, 30. Okt. Nach dreizehn Jahren wurde ein Mann aus Palembang einem Geistlichen, daß er vor etwa 13 Jahren Zeuge war, wie der Kaiserin Gollisch aus Palembang im Walde einen Menschen mit einem Gewehrschloß zu Tode schlug. Auf Veranlassung des Geistlichen wurde der Zeuge des Vorfalls der Polizei, die sofort Ermittlungen vornahm. Die Aufdeckung des Verbrechens hat in der ganzen Gegend Erregung hervorgerufen. Verschiedene Leute treten jetzt hervor mit der Behauptung, daß Gollisch an der Mordstelle häufig Gebete verrichtet habe. Es bleibt abzuwarten, welches Licht die Ermittlungen in diese dunkle Tat bringen werden.

Röschhütte, 30. Okt. Schwere Ausschreitungen. Das „Röschhütter Tageblatt“ meldet: Western vormittag zwischen 10 und 11 Uhr wollte der Polizeibeamte Presh den Gelegenheitsarbeiter Johann Michniowski, der russischer Staatsangehöriger ist, wegen Bannbruchs auf der hiesigen Paulstraße festnehmen. Michniowski widersetzte sich der Festnahme und ging dem Beamten mit einem Taschenmesser zu Leibe, der den Säbel zog und dem Widerwilligen damit einen Schlag über den Kopf verfehlte. Der Gelegenheitsarbeiter Josef Soremba vermittelte den Michniowski zu befreien und bewahrt den Beamten fortgesetzt mit großen Kohlenstücken. Dem Polizeibeamten wurde der Helm vom Kopfe gerissen. Michniowski biß ihm in die linke Hand und entriß ihm den Säbel. Jetzt gab Polizeibeamte Presh sechs Revolverkugeln auf Soremba ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Michniowski, der noch immer die linke Hand des Beamten zwischen den Zähnen festhielt, erhielt dann einen Schlag in die linke Schulter und wurde erheblich verletzt, so daß er in das städtische Krankenhaus geschafft werden mußte. Soremba, der die Flucht ergreifen wollte, konnte schließlich festgenommen werden. Der Polizeibeamte, ein älterer Mann, hat erhebliche Contusionen davongetragen.

Wagnitz, 30. Oktober. Uebermut tut selten gut. Der Arbeiter Langner verunfallte auf unwillige Weise durch einen Sturz aus der Luftschaukel. Entgegen den Anordnungen des Besitzers, die Schaukel anzuhaken, schaukelte er sich bis über die übliche Höhe hinaus und stürzte heraus. Besinnungslos wurde er vom Platze getragen.

Wagnitz, 30. Oktober. Ein äußerst verwegener Raubankfall wurde am Montagabend bald nach 6 Uhr auf der Birkenaler Chaussee in der Nähe von Gumpna an einem hiesigen Droschkenfuhrer verübt. Die Täter, drei an der Zahl, kletterten von hinten über den bedeckten Wagen, knielten dem Fuhrer und banden ihm die Hände mit Hanfstricken fest. Als dann raubten sie ihn vollständig aus. Sie verkrühten, das Gespann umzudrehen und auf der Birkenaler Chaussee zurückzufahren, da ihnen jedoch mehrere Fuhrwerke entgegenkamen. Schließlich sie feldwärts. Der Fuhrer wurde im Gesicht arg geschlagen und kam mit dem Gespann belüftunglos an. Er vermochte deshalb der Polizei auch noch keine Angaben zu machen.

Neueste Nachrichten.

Die Stimmung in Mecklenburg.

Schwerin, 30. Oktober. Das Entlassungsgesuch des Ministeriums hat doch eine weit größere und durchaus freudige Aufregung im Lande hervorgerufen, als es zu Anfang den Anschein hatte. Die Frage nach dem Nachfolger des Grafen Barfreville wird eifrig besprochen. Am meisten genannt wird der frühere Abgeordnete v. Malhan-Beccarel. Eine Demission des Strohlicher Kabinetts gilt für unwahrscheinlich.

Beschlossene Millionenanleihe.

Charlottenburg, 30. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Charlottenburger Stadtparlamentes wurde die Vorlage über die 80 Millionen-Anleihe angenommen.

Ablehnung der Errichtung einer Hamburger Universität.

Hamburg, 30. Oktober. Die Hamburger Bürgerschaft lehnte gestern nach 14tägiger Beratung die Universitätsvorlage des Senats mit 80 gegen 74 Stimmen ab. Es wurde einem Antrag Dr. Dücker auf Ausbau des Kolonialen Instituts und des Vorlesungswezens zugestimmt.

Krieg im Frieden.

Petersburg, 30. Oktober. Während einer Schießübung auf dem Artillerieübungsplatz Polygon explodierte ein 20-Zentimeter-Geschütz. Ein Gardehauptmann und sieben Soldaten wurden lebensgefährlich, fünf andere leichter verletzt.

Der Mordmordprozess.

Moskau, 29. Oktober. Alle Sachverständigen bestreiten die anatomischen Kenntnisse der Mörder. Das Verbrechen sei nicht in der Höhle begangen worden, denn es befindet sich darin keinerlei Blutspur, außerdem sei sie auch zu klein. Sie erklären, daß der Mord an einem Orte stattgefunden habe, wo sich Lon befand. Der Leichnam ist wahrscheinlich erst in die Höhle gebracht worden, als das Blut trocken war.

Der ExploSION im Flammenmeer.

London, 30. Oktober. Auf der Strecke London-Polyhead ist der aus Holz erbaute Bahnhof Glandulas in Brand geraten und das ganze Gebäude mit der Signalstation steht in hellen Flammen. Die Strecke wurde gesperrt, da man befürchtete, daß die Züge durch das

Lokomotivführer des letzten ExploSION, der die Woll mit schloßte, unternahm es jedoch, mit Volldampf durch die Flamme hindurchzufahren. Der Zug erlitt auch weiter keinen Schaden. Nur einige Fensterscheiben sind von der Hitze gesprungen.

Eine entartete Gesellschaft.

Madrid, 30. Oktober. Die Studenten der Rechtsveranstaltungen eine Manifestation vor dem königlichen Schloß und verlangten die Begnadigung des Hauptmanns Sanchez, der bekanntlich den Liebhaber seiner Tochter, einen Stadtbekannt Lebemann, in seine Wohnung gelockt und dort ermordet hatte und jetzt zum Tode verurteilt worden ist.

Ausgesucht spätere Fälle des Rechts müssen es sein, die für einen ebenso seltsam wie sichtlich verkommenen Norddeutschen eintreten. Sage mir mit wem du umgehst, und ich sage dir was du bist.

Der Komplize des Priesters Schmidt verurteilt.

Moskau, 30. Oktober. Murek, der Freund des Priesters Schmidt, welcher der Falschmünzerei für schuldig befunden wurde, wurde zu 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Aufdeckung einer revolutionären Verschwörung.

Peking, 30. Oktober. Ein Revolutionär wurde in der vergangenen Nacht im Fremdenviertel von Peking ermordet aufgefunden. Aus den Papieren, die er bei sich führte, war zu ersehen, daß die Revolutionäre versuchen wollten, einen neuen Aufstand zu entfachen. Swang Tsun sollte aus Japan zurückkehren und zum Generalkommissar ernannt werden.

Parteiangelegenheiten.

Protokoll des Parteitages Jena 1913. Das Protokoll des Parteitages ist soeben erschienen. Durch die Wichtigkeit der Besatzungsgegenstände wird dasselbe sicher ganz besonderem Interesse begegnen. Die Verhandlungen über: Arbeitslosigkeit — Wehrvorlagen — Deutungsvorlagen — Massenstreik und vieles andere werden in den Reihen aller politisch Interessierten große Beachtung finden. Besonders auch die Arbeiterbibliotheken seien auf das Protokoll hingewiesen.

Der Preis beträgt 2,50 Mark, gebunden 3,50 Mark. Vereinsausgabe: 1,25 Mark, gebunden 1,75 Mark. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Beob. Ostzeit d. U. Z. + 2 Stdn.	29. Oktober		30. Oktober		31. Oktober	
	W. m. Uhr	W. m. Uhr	W. m. Uhr	W. m. Uhr	W. m. Uhr	W. m. Uhr
Lufttemper. (M.)	+ 10,0	+ 10,4	+ 8,6	+ 17,6	+ 11,3	+ 9,8
Lufttemper. (M.)	748,5	748,4	744,6	742,6	742,8	743,7
Baromet. (mm)	9,0	8,4	7,5	9,6	8,1	7,2
Baromet. (mm)	44	49	100	64	88	90
Wind (0-13)	EO 2	EO 1	EO 2	EO 2	EO 2	EO 2
Wetter	hell	hell	hell	st. heiter	heiter	heiter

*) Zur Reduktion auf Meeresebene sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Pegel in Höhe über N.N.	Wasserstand	Rheine		Oberrhein		Donau		Main				
		W. m. Uhr	W. m. Uhr	W. m. Uhr	W. m. Uhr	W. m. Uhr	W. m. Uhr	W. m. Uhr	W. m. Uhr			
30. 10. 11,14	0,79	2,13	0,89	3,80	0,21	4,40	1,99	0,69	0,59	4,32	1,74	10,17
29. 10. 11,14	0,82	2,13	0,40	3,82	0,96	4,40	1,50	0,68	0,38	4,88	1,70	10,16
Mittel	1,68	0,98	2,12	0,42	3,66	0,71	4,07	1,58	1,11	5,61	0,01	1,88

*) Auslieferungshöhe f. Rottweil 3,50 für Fischen; (Ober) Lichte-Niederung 3,2

Blutarme u. Kranke

Santa Lucia Stärkungs-Rotwein

trinken während der Rekonvaleszenz feurig-süßlich Fl. 1.50 Nachahmungen bitte zurückzuweisen. U. 2.— Käuf. i. Apotheken, Drogerien u. Delikatessen.

Bersammlungen u. Vereine

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlreiche Breslau, 9325
Sonntag, den 1. November,
abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Zimmer 5 (neben dem Bildhauersaal):
Sektion d. Modellistischer, Versammlung
Wir bitten die Kollegen vorzüglich zu
erscheinen.
Die Sektionsleitung,
J. A.: Karl Seliger.

Ströbel, Arbeiter-Radfahr. Verein
Sonntag, den 2. November,
nachmittags 3 Uhr:
bei Ehrlich, Gerichtstretscham.
Zu freien Stunden Heft 10 Pf.

Zurückgekehrt

Dr. Lomitz, Abstinente Vereinigung,
welche ihren Mittgl. wirtschaftliche Vorteile bietet, sucht Freunde. 9332
A. V. 10 an b. Exped. d. Zig.

Wollwagmaschinen mit guter Kundschafft sind unständlicher billig zu verk. Nichtfachleute werden binnen 8 Tagen eingekauft. Off. u. W. 3 an b. Exp. d. Zig. mit viel Kartoffelumfang ist bald zu verkaufen. Näh. bei Dr. Dreilindengasse 23.

„In freien Stunden“

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonement haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Am 28. d. Mts. verschied unser braves Mitglied, der Eisenhobler
Karl Jokisch
im Alter von 39 Jahren.
Ehre seinem Andenken.
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 31. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle in Cosel. 9302

Am 28. d. Mts. verschied nach längerem Leiden unser Freund und Genosse, der Eisenhobler
Karl Jokisch
im Alter von 40 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 7 (Nikolaier) des Sozialdemokr. Vereins Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 31. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle St. Barbara in Cosel. 9334

Am 28. d. Mts. verschied nach längerem Leiden unser Mitglied, der Eisenhobler
Karl Jokisch
im Alter von 40 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder des Sozialdemokr. Vereins Breslau (Dist. 7).
Beerdigung: Freitag, den 31. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle St. Barbara in Cosel. 9333

Abhilfe der Lebensmittel-Teuerung

schafft die

Nordsee



Nur Schmiedebrücke 19, rechts vom Ringe aus
(Fernspr. 5290 und 5291) 9098
Kaiser-Wilhelmstrasse, Bahnhogen (Fernsprecher 4228).

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

3 Extra billige Tage

Ganz frische grüne Heringe à Pfd. 20 Pf., 5 Pfd. 90 Pf.

Feinster Goldbarsch } à Pfund 24 Pf.
Feinste Perlen-Schellfische }
Feinste Bratenschollen }
ff. Seelachs ohne Kopf, . . . à Pfund 29 Pf.
ff. Cabillau ohne Kopf à Pfund 33 Pf.
ff. Schellfisch ohne Kopf, à Pfund 37 Pf.
Norweger Angelschellfisch à Pfund 35 Pf.

Wir bringen nur frischeste Ware, eigene Fänge unserer eigenen Fischdampfer in den Handel. — Der Transport erfolgt in unseren eigenen Kühlwaggons. — Grösste Hochseefischer Deutschlands.
Recht englische Bücklinge } 3 Stück 25 Pf. u. 2 St. 19 Pf.
das Feinste, was es gibt!

Täglich frische Räucheraale à Bund (4 St.) 50 Pf.
à Stück von 15 Pf. an.

Kauf und Verkauf
4000 Schallplatten, erstklassige Marke, Arbeiter-Weihnachtsfest, Internationaler, Sozialdemokratischer u. Steiger Neuland, Singang, Parole-Platten à 1,50 Mark, 60 beste Grammophone, teilweise Doppelschallplatten, vollständig. Musikwarenhandl. bewährten Salzstraße 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. (9326)

Abonement und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonement unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen.
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Attentats und Sozialdemokratisches von August Bebel 0.10

Vermietung

Wohlfühleres Zimmer, preisw. t. Bad u. Duschbad, elektr. Licht, Wasser, Gas, Heizung, etc. Salzstraße 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. (9326)



Der Bauer lobt den Erdal-Putz
Der Lederhüdt vor Nass und Schmutz

Carl Forster, Andersenstrasse 23, früher Refal Max Leil.
Garantirt reine Oranienburger Kerze
Stück 10, 15 u. 20 Pf.
Blaubunde Küchenzeile Stück 10
Salzmit-Teppich-Schmiedele
pro Stück 13, 20 u. 25
Vollleinen, alle Farben, Stk. 5
Wand-, Blech-, Glycerin- u. w.
Stück 10 Pf.

Korsetts Eisenpulver, ausgewogen Stück 10 Pf.
Korsetts Bleichsoda Stück 10
Korsetts Schwammsand „Witt-Bian“ Stück 10 Pf.
Korsetts: Waschmittel, Seifen, Seifen, Schmier, Wäcker, Korsetts, etc.
Korsetts: Schürzen, Putzmittel u. w.

Max Bernstein's Zahn-Atelier
Inh.: Alex. Friedländer 6663/P
nur Reuschestrasse 10.
Zähne von 2 Mk. an. Teilzahlung pro Woche 1 Mk.

Der Bauer lobt den Erdal-Putz
Der Lederhüdt vor Nass und Schmutz
Der Bauer lobt den Erdal-Putz
Der Lederhüdt vor Nass und Schmutz

Anschläge gegen die Ortskrankenkassen!

Ebenso interessant wie notwendig ist es, zu beobachten, wie die Staatsbürokratie ihren heimlichen Wünschen auf Umwegen zugeht, wenn sie nicht zu veröffentlichen vermag, was sie gegen die Maßnahmen, die, wenn nicht alle Angehörigen der preussischen Regierung gegen die angestrebte Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen geübt hat. Preußen strebt eigentlich von jeher nach der Verstaatlichung, mindestens nach der Kommunalisierung der Ortskrankenkassen. Regierungsrat Hoffmann von Preussens Handelsministerium verfuhr bekanntlich schon 1900 haarscharf nachzuweisen, wie es innerstes Bedürfnis der Krankenversicherung sei, die zu verstaatlichenden Ortskrankenkassen an die Gemeinden zu übertragen. Die Zahl der Kommunalbeamten zu ernennen und die Ausgaben durch die Gemeinden, natürlich auf Kosten der Steuerzahler.

Das war nun mit der Reichsversicherungsordnung nicht zu vereinbaren. Selbst die Unternehmern wehrten sich gegen eine solche Einmischung. Sie ließen sich von der Regierungsbürokratie aber auf dem Heim locken, als jene Verfügungen zur Ausführung in der Gewährung wichtiger Einflüsse und Vergünstigungen auf die Arbeitgebervertretung auf stießen. Die jetzt bestehende Wahl des Massenvorstehenden und der Vorstände durch die getrennte Abstimmung der Unternehmer und Arbeiter im Massenverbande ist ein Beispiel für die Unmöglichkeit beider Gruppen, damit dann recht ist die Verwirklichung der Vorstände wie Arbeiter zu ernennen können.

Das was die den Anfang nicht viel ist, jedoch aber um die Krankenversicherung. Letztendlich ist man sich im Krankenversicherungsgesetz — gefällig und nicht eine staatliche Krankenversicherung ein, damit sie in nicht Manas leben an der Krankenversicherung. Noch ist also die Erneuerung der Maßnahmen nicht die Regel, aber den

Militärrentnern und pensionierten Offizieren

Wo soll man hin mit dieser Massenware, nachdem sie schon in die Provinz und Lande für den Menschheitssinn bedanken? — Man man recht ernst den Weg bis zu den Massenleistungen. Jeder Verprechtung der Ortskrankenkassen soll jetzt eine weitere Maßnahme dienen. Preussens Regierung wird demnach das Militär einer Dienstordnung herausbringen, die den den Gesetz für die Massenleistungen geschaffen werden muß. Eine Sprache dafür, wie mit allen Mitteln versucht wird, die Macht der staatlichen Versicherungsbehörden auf Kosten der verstaatlichten Selbstverwaltung dominierend auszugestalten. Das sind die Vorschläge für

1. einen Prüfungsausschuss und
 2. die Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt.
- Das preussische Handelsministerium möchte den Krankenversicherungsausschuss vorschreiben, vor dem jeder Angehörige, der angestellt oder beschäftigt werden soll, seine Sachliche Befähigung zu erbringen hat. Solche Prüfungen hat man allerdings schon in einigen Fällen. Aber — und das ist die dringende Forderung — hier prüfte der Massenverband unter der Aufsicht leitender Angestellten, ein Angestellter und ein Vorsteher, der aber das Versicherungsamt, also die Behörde, bestellt. Die Anstellung wird auch auf sechs Jahre hochgeschraubt. Das Verfahren des Prüfungsausschusses und den Gang der Prüfung soll eine Prüfungsordnung regeln, die wiederum von einer behördlichen Stelle, dem Oberversicherungsamt, zu genehmigen wäre. Dem Verfahren ist damit jegliche Selbstständigkeit bei der Auswahl der Anstellten genommen, denn er könnte nur noch solche Arbeitsstellen aufstellen, deren Anstellung auf dem Wege der Prüfung dem dem ernannten Vorsteher des Prüfungsausschusses anzuhandelt wird. Der Vorsteher soll nämlich autorisiert werden, jeden Beschluß des Prüfungsausschusses beim Versicherungsamt zu beanstanden; über diese Beanstandung entscheidet alsdann der Vorsteher des Versicherungsamtes endgültig; also auch die hier amtierenden Vertreter der Arbeiter und Unternehmer werden ausgeschaltet.

Geht diese Anschlag, dann — die Selbstverwaltung! Deshalb muß sich die breite Öffentlichkeit mit diesem dreifachen Vorstoß beschäftigen, um die Staatsbürokratie in ihre Grenzen zurückzuführen. Es ist umso mehr ein dreifacher Vorstoß, weil für jeden Prüfungsentscheid aber auch jegliche gesetzliche Unter-

sage fehlt. Das betrifft den Verdacht, es handelt sich dabei um Erlanngung eines Zitates, das solche Taten lobt. Und wahrhaftig, auf solchem Wege den Massenverwaltungen die Militärrentner an den Hals zu hängen — das ist ein Preis, für den man eine kleine Wohlstellung in den Kauf nehmen würde!

Interessant wird sein, wie die Unternehmer diese Absichten aufnehmen werden. Nach Tische und ihnen zu versprechen gegeben, daß sie ebenfalls wenig Vertrauen verdienen, wie die roten Arbeitervertreter.

zu Staatsbeamten machen.

Hierzu soll § 353 der Reichsversicherungsordnung herhalten. Ein Massenrentner kann danach „Beamtet auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt anstellen“. In der Reichstagskommission erklärte das ein Regierungsvertreter für: „Der Entwurf sehe hier die Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt nicht in Gegenstand der Lebenszeit, sondern der unwiderruflichen Anstellung. Die Ausbreitungsstelle des Entwurfs nehme nur daran Rücksicht, daß in einzelnen Fällen durch die Anstellung auf Lebenszeit nicht möglich sei, die dort durch eine unwiderrufliche Anstellung oder durch eine Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt erreicht. Auch bei der Lebenszeit, Lebenszeit und der unwiderruflichen Anstellung werde regelmäßig ein Ruhegehalt gewährt.“ Diese Auslegung war für die Zustimmung des Reichstages ausreißend.

Das Reichstagsmitglied, das mit den Worten „Sprecht auf Ruhegehalt“ merkt, das es nicht geübt wird wie mit der Anstellung auf Lebenszeit, daß es nur eine Anstellung der in den Landesverhältnissen verbleibenden Beamten ist. Was möchte aber daraus daraus machen? Es legt die angelegene Gesetzesstelle aus, daß die Landesregierung berechtigt wäre, alle die Angestellten zu staatlichen Beamten zu machen, die von ihrer Masse pflanzenspezifisch, wenn auch auf ein bestimmtes, also nicht Lebenszeit, angestellt sind. Solche Anstellung verleiht aufs höchste gegen die angesprochene ausdrückliche Erklärung der Reichsregierung in der Reichstagskommission. Auch mit dem § 353, Absatz 3 der R.V.O. steht diese Auslegung in unauflöslichem Widerspruch, der auch von der Genehmigung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung an Angehörige spricht. Dieses Recht soll hierdurch in der Dienstordnung angelegt werden und unterliegt nur bei deren Genehmigung der allgemeinen Kontrolle des Oberversicherungsamtes, während bei dem Ruhegehaltsanspruch aus § 359 der R.V.O. in jedem Einzelfalle die Zustimmung dieser Behörde erforderlich ist. Man muß sich vorstellen, daß die Gesetzesbestimmungen geschaffen hätte, wenn die preussische Anstellung richtig wäre? Denn dadurch würde § 353, 3 Absatz 3 unwirksam. Er hat nur dann eine Prüfungsbestimmung, wenn eben nach ihm noch eine andere Anstellung mit Gewährung von Ruhegehalt zulässig sein soll, und das ist eben die auf Lebenszeit. Deshalb ist die monitionserklärung der Reichsregierung durchaus schäfflich und klar. Aber weil es nicht zu sein, nur realistischen Wünschen nach, will Preußen sich über das Wort der Reichsregierung hinwegsetzen, möchte es eben einleitend gewisse Erklärung bereits fassen. Vielleicht überlegt es doch einmal die unermesslichen Kostenanstrengungen, die gesagen werden müssen, wenn jetzt Bundesregierungen sich nicht mehr gebunden trachten an derartige Bestimmungen der Reichsregierung. — Zunächst allerdings steht fest, daß das preussische Handelsministerium eine soziale Einrichtungsform von Angehörigen als Organisationsmittel gegen die Selbstverwaltung ausnützen möchte.

Preußen zieht systematisch Kontrabanden um Laufgräben um die angestrebte Selbstverwaltung. Die Arbeiter und die Massen werden sich nicht überlassen lassen, sondern aus den Plänen die Abwehrmaßnahmen treffen, die ihre Selbstverwaltung vor preussisch-deutschem Zugriff sichern.

Das Reichstagsmitglied, das mit den Worten „Sprecht auf Ruhegehalt“ merkt, das es nicht geübt wird wie mit der Anstellung auf Lebenszeit, daß es nur eine Anstellung der in den Landesverhältnissen verbleibenden Beamten ist. Was möchte aber daraus daraus machen? Es legt die angelegene Gesetzesstelle aus, daß die Landesregierung berechtigt wäre, alle die Angestellten zu staatlichen Beamten zu machen, die von ihrer Masse pflanzenspezifisch, wenn auch auf ein bestimmtes, also nicht Lebenszeit, angestellt sind. Solche Anstellung verleiht aufs höchste gegen die angesprochene ausdrückliche Erklärung der Reichsregierung in der Reichstagskommission. Auch mit dem § 353, Absatz 3 der R.V.O. steht diese Auslegung in unauflöslichem Widerspruch, der auch von der Genehmigung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung an Angehörige spricht. Dieses Recht soll hierdurch in der Dienstordnung angelegt werden und unterliegt nur bei deren Genehmigung der allgemeinen Kontrolle des Oberversicherungsamtes, während bei dem Ruhegehaltsanspruch aus § 359 der R.V.O. in jedem Einzelfalle die Zustimmung dieser Behörde erforderlich ist. Man muß sich vorstellen, daß die Gesetzesbestimmungen geschaffen hätte, wenn die preussische Anstellung richtig wäre? Denn dadurch würde § 353, 3 Absatz 3 unwirksam. Er hat nur dann eine Prüfungsbestimmung, wenn eben nach ihm noch eine andere Anstellung mit Gewährung von Ruhegehalt zulässig sein soll, und das ist eben die auf Lebenszeit. Deshalb ist die monitionserklärung der Reichsregierung durchaus schäfflich und klar. Aber weil es nicht zu sein, nur realistischen Wünschen nach, will Preußen sich über das Wort der Reichsregierung hinwegsetzen, möchte es eben einleitend gewisse Erklärung bereits fassen. Vielleicht überlegt es doch einmal die unermesslichen Kostenanstrengungen, die gesagen werden müssen, wenn jetzt Bundesregierungen sich nicht mehr gebunden trachten an derartige Bestimmungen der Reichsregierung. — Zunächst allerdings steht fest, daß das preussische Handelsministerium eine soziale Einrichtungsform von Angehörigen als Organisationsmittel gegen die Selbstverwaltung ausnützen möchte.

Gewerkschaftsbewegung.

Buchdrucker und Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.

Nach einer beide Teile befriedigenden Erledigung der in der Verhandlung vom 15. Mai 1913 verhandelten Beschlüssen des Buchdruckerpersonals der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. fand am Montag, den 27. Oktober 1913,

eine Sitzung statt, an der als Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Verbandes die unterzeichneten G. Döblin, W. Dreier und Dr. Kling er, als Vertreter der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. die unterzeichneten Geschäftsführenden Vorstände, Mitglieder Heinrich Kaufmann, Dr. August Müller, Hugo Völklein und der Vorsitzende des Aufsichtsrates, H. v. Elm, teilnahmen.

Die Beteiligten haben sich über alle schwebenden Differenzen eingehend ausgesprochen und festgestellt, daß manche Mißverständnisse dazu beizutragen haben, die Situation gegen den Willen der Beteiligten zu verschärfen. Alle Mißverständnisse sind zu beiderseitiger Zufriedenheit durch die gegebene Klärung beseitigt.

Die Unterzeichneten eruchen deshalb, die Auseinandersetzungen über die Differenzen in der Presse und in den Versammlungen in alldemselben Interesse einzustellen.

Beide Organisationen verständigten sich dahin, daß, falls in Zukunft größere Differenzen wieder vorkommen sollten, die Zentralleitungen beider Organisationen versuchen wollen, sie in freundschaftlicher Weise zu erledigen.

G. Döblin, W. Dreier, Dr. Klingler, H. v. Elm, Heinrich Kaufmann, Dr. Aug. Müller, Hugo Völklein.

Wie die Gelben schwindeln.

Im Juni d. J. ging in der gegnerischen Presse unter der Überschrift: „Ein Blick in den Zukunftsaal“ ein Artikel durch die Lande, der schwere Anschuldigungen gegen den Gewerkschaftsangehörigen Michaelien von der Hamburger Geschäftsstelle des deutschen Transportarbeiterverbandes enthielt. Der Artikel, der aus dem Organ des gelben „Hafenarbeiter“ entnommen worden war, behauptete, daß Michaelien einer Frau Mey, die für ihren Mann Krankengeld abholen wollte, dies Geld nicht nur verweigerte, sondern sie auch noch mißhandelt habe.

Gewisse Michaelien beschritt den Redakteur Max Neumann von dem gelben Organ und die Chefredakteur, die die Mey erdichtet hat, den Weg der Privatklage. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht am Dienstag führte denn auch zu einer Verurteilung der beiden Angeklagten. In der umfangreichen Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die Frau aus dem Grunde kein Krankengeld für ihren Mann ausgereicht erhielt, weil er in dem dringenden Verdacht stand, gearbeitet zu haben und zwar obendrein als Streikbrecher. Der Verteidiger der beiden Angeklagten gab selber zu, daß nach der Beweisaufnahme der Wahrscheinlichkeit nicht erbracht worden sei. Er bat lediglich um mildernde Umstände.

Das Gericht stellte fest, daß die in dem inkriminierten Artikel gegebene Darstellung von der Frau Mey wissenschaftlich irrtümlicher Weise übertrieben worden sei. Es verurteilte daher Frau Mey zu einer Geldstrafe von 20 Mk. Max Neumann zu einer Geldstrafe von 50 Mk. Ferner wurde die Publikation des Materials in verschiedenen Zeitungen ausgesprochen.

Stadt und Provinz.

Der Schneiderverband hielt am Dienstag seine Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. In derselben erstattete der Vorsitzende Kollege Richter den Geschäftsbericht für das Jahr 1912/13. Nach demselben hat sich auch im Schneidergewerbe die Krise bemerkbar gemacht. Namentlich in der Herrenmaßbranche und in der billigeren Herrenkonfektion war der Beschäftigungsgrad ein geringer. Besser war die Uniformbranche beschäftigt. In das vergangene Jahr fiel die Lohnbewegung der Maßschneider, welche ohne Arbeitseinstellung erledigt werden konnte. Durch Unwarteinische wurde für Breslau eine Lohnverhöhung von 7 Prozent vorgeschlagen, welcher Satz von der Illiales angenommen wurde. Für das kommende Geschäftsjahr steht der Tarifablauf in der Herrenkonfektion bevor, um dessen Einführung bekanntlich 1911 ein fünfwöchentlicher Streit geführt werden mußte. Offenheit zeigen die Unternehmern im nächsten Jahre mehr entgegenkommen; die Organisation braucht einen Kampf nicht zu fürchten.

Die Mitgliederzahl hat sich auch im vergangenen Jahre etwas gehoben. Am Beginn waren vorhanden 819 männliche und 693 weibliche Mitglieder. Am Schluß zählte die Illiale 867 männliche und 715 weibliche, zusammen 1582 Mitglieder; das ist ein Gesamtzuwachs von 70 Mitgliedern. Auch die Einnahmen und der Markenumsatz sind gestiegen. In der Hauptkasse wurden vereinnahmt 23 593,35 Mk. gegen das Vorjahr ein Mehr von 1334,75 Mk. Demgegenüber liegt aber auch eine erhöhte Ausgabe. Hervorgehoben seien

Aus aller Welt.

Ueberschwemmungen in Zentral-Amerika.

54 Personen ertrunken. New York, 29. Oktober. Nach einer Meldung von der zentral-amerikanischen Insel San Salvador fielen dort ungewöhnliche Regenmassen, wodurch große Ueberschwemmungen verursacht wurden. Bisher wurde festgestellt, daß 54 Personen ertrunken sind, doch wird berichtet, daß noch weit mehr Personen umgekommen sind. Die Landwirtschaft erlitt großen Schaden. Der Eisenbahn- und Telegraphenverkehr ist unterbrochen.

Zwei schwere Eisenbahnunfälle.

Auf dem Warschauer Bahnhof der Sowelbahn ließen infolge starken Nebels ein Personenzug und ein Güterzug zusammenstoßen. Fünf Personen wurden getötet und 30 verwundet. Ein minder schwerer Unfall ereignete sich auf der Station Boskain (Ungarn). Dort streifte eine Rangiermaschine den Pester Personenzug. Ein Bauer wurde getötet, fünf Personen verletzt und mehrere Waggons beschädigt.

Wirbelschmerz in England.

In Taffal in Süd-wales wütete am Montag nach ein Wirbelschmerz. Der Sturm in einer Breite von 250 Metern richtete einen Sachschaden an, der auf eine Million Mark geschätzt wird. Kirchen, Kapellen und viele Häuser wurden vollständig zerstört. Ein Mitglied eines Fußballklubs wurde vom Sturm 20 Meter weit durch die Luft getragen und gegen eine Mauer geschleudert. Er erlag seinen Verletzungen. Ein Kohlenarbeiter wurde von der Straße 300 Meter in ein Feld geschleudert, wo er tot aufgefunden wurde. Hunderte sind obdachlos, viele verletzt.

Eine ganze Familie durch Pilze vergiftet.

In dem luxemburgischen Orte Dalheim ist eine ganze Familie nach dem Genuß von Pilzen schwer erkrankt. Zwei Personen sind bereits gestorben. Noch in der Nacht erkrankten die vier Personen der Familie. Am Morgen fand man die fünfjährige Tochter tot im Bett vor. Ihre elfjährige Schwester starb bald darauf und seit Dienstag abend ist auch der Zustand der Mutter sehr besorglich.

Die Gutachter im Ritualmordprozeß.

Von den drei und zwanzig Fragen, die der Gerichtshof im Ritualmordprozeß den gerichtsmmedizinischen Gutachtern vorlegt hat, betrifft ein großer Teil die Frage nach der Möglichkeit eines Ritualmordes. Insbesondere interessiert sich das Gericht dafür, ob der Mord von einer oder mehreren Personen ausgeführt wurde, ob falls dem Körper Blut entnommen wurde, dieses venöses oder arterielles war, welche Blutmenge dabei ausgeflossen ist, ob der Tod durchschneidung mit qualvollen Verletzungen verbunden war, ob Charakter, Lage und Anzahl der Wunden darauf schließen lassen, daß die Verurteilung von Quaden und die Entblutung des Körpers zum Plan der Mörder gehörte. Schließlich will das Gericht feststellen, wie groß die Zwischenzeit zwischen der Verbringung der Wunden und dem Eintritt des Todes gewesen sei.

Mordversuch am eigenen Vater im Gerichtssaal.

Einen dramatischen Abschluß durch einen Mordversuch auf den eigenen Vater fand am Dienstag eine Verhandlung des Schwurgerichtes in Bourges (Frankreich). Vor dem Gericht hatte sich ein Bauer namens Gillaudin zu verantworten. Seine beiden Söhne im Alter von 27 und 23 Jahren hatten die Anklage gegen ihn erhoben, ihnen die Mutter ermordet zu haben. Es war im Jahre 1909, als man die Leiche der Frau Gillaudin im Hausbrunnen auffand. Trozdem man wußte, daß das Ehepaar ein sehr krautriges Leben miteinander führte, und der Ehemann ein Libertin war, wurde doch angenommen, daß Frau Gillaudin durch einen unglücklichen Zufall ihr Leben verloren habe. Im Juni d. J. verheiratete sich Gillaudin zum zweiten Male, und da erstatteten seine beiden Söhne die Anzeige gegen ihn, seine erste Frau ermordet zu haben, worauf man ihn verhaftete. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht gestaltete sich sehr aufregend, die beiden Söhne schilderten die Mordtat in allen Einzelheiten und machten auch Enthüllungen über das traurige Familienleben. Die Geschworenen fällten trotzdem einen Freispruch. Daß der ältere Sohn einen Revolver aus der Tasche und feuerte einen Schuß auf den Vater ab, der an der Hand schwer verwundet wurde. Während ein Teil des Publikums in leidenschaftlicher Weise für den Sohn Partei nahm, wollte der andere sich an ihm vergreifen, und die Polizei mußte energisch einschreiten, um eine allgemeine Prügelei zu verhindern. Als der Vater aus seiner Ohnmacht wieder erwachte, bat er, seinen Sohn zu schonen, er verzeihe ihm. Dieser wieder freigesprochen wurde, obgleich er ihm die Mutter ermordet habe.

Im Auswanderungsbureau erstickt.

In der Zweigabteilung der Hamburg-Amerika-Linie in Lemberg fanden in

Sie hatten gebeten, dort über Nacht zu dürfen, was ihnen von dem Diener auch erlaubt wurde, obgleich es verboten ist. Als dieser heute morgen die Bureauräumlichkeiten öffnete, drang ihm Gasgeruch entgegen, und er fand die drei Auswanderer erstickt auf dem Boden liegend vor. Da sich der Mann bei seiner Berichterstattung in Widersprüche verwickelte, so wurde er in Verwahrungshaft genommen.

Opfer der Autodaferei. In Mühlgrün bei Auerbach im Vogtlande fuhr das Automobil des Fabrikbesizers Seidel gegen einen Baum und wurde vollständig zertrümmert. Seidel war sofort tot, seine Begleiter Deger und Gerold erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Zwei Invaliden von einem Schnellzug getötet. Ein schreckliches Unglück ereignete sich Mittwoch mittag um 1 Uhr in der Nähe des Bahnhofs Dormagen an dem Bahnübergang nach Dorren. Der Schnellzug 163, der um 1 Uhr 4 Minuten von Köln abfuhr, fuhr an dem Bahnübergang gegen einen Karren, auf welchem zwei Personen Platz genommen hatten. Die beiden Leute wurden auf der Stelle getötet. Es fand dies zwei Invaliden namens Karis und Pütz aus dem katholischen Krankenhaus in Dormagen. Der Schnellzug schleifte den Karren noch ungefähr 200 Meter mit, ehe er zum Stehen gebracht werden konnte. Das Pferd des Karrens blieb unverletzt, da die Deichsel bei dem Zusammenstoß abbrach.

Zwei Kinder von ihrem Vater ermordet. Auf einem Bauplatz bei Paris wurde ein sechsjähriger und ein vierjähriger Knabe tot aufgefunden. Als Mörder meldete sich deren Vater, ein Bauführer Sautier. Er gab an, daß er seine Frau, die an den Kindern sehr hing, für ihre Unreue strafen wollte. Deshalb habe er vor ihren Augen die Knaben umgebracht.

Die zärtlichen Verwandten. In dem Orte Ottowin (Sachsen-Mittelelbe) sind am letzten Sonntag behufs Erbteilung in fünf Nachbarorten mit Landwirten verheiratete Schwestern bei ihrem Bruder zusammengekommen. Später erkrankten die Schwestern unter Verstärkungsercheinungen. Zwei davon sind gestorben. Die Untersuchung ist eingeleitet. Man vermutet in dem Bruder den Täter.

Schabung eines Goldschäfers. Aus Christburg in Neuseeland wird gemeldet, daß in San Franzisko ein Schiff ausgereift wurde, um die Goldschabung des Schiffes „General Grant“ auszuführen zu machen. Die bei den Auckland-Inseln irgendwo auf dem Meeresboden liegen muß, wo der „General Grant“ 1866 scheiterte und mit Mann und Maus umkam eine. Die Expedition wird im

